

**Einwohnerratssitzung 2014/2015
Protokoll Nr. 3**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 6. November 2014**
Sitzungszeit 13:00 Uhr bis 19:00 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Janine Lipp
Direktwahl 041 329 63 09

6. November 2014 jl

Anwesend

Präsident

Peter Portmann

Einwohnerrat

30 Mitglieder
Viktor Bienz (bis 18:45 Uhr)
Peter Fässler (bis 18:30 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Mara Dalla Bona
Yasikaran Manoharan
Rolf Schmid
Raphael Spörri
Beat Tanner

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 66 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 1</u> vom 4. September 2014 | | Seite 67 |
| 2a. | <u>Dringliche Interpellation Aakti</u> : Balance des Viersäulenprinzips | Nr. 145/14 | Seite 67 |
| 2b. | <u>Dringliche Motion BiK</u> : Wiederaufnahme der Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt in die Aufgaben- und Finanzplanung 2015 – 2019 | Nr. 147/14 | Seite 69 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag</u> : Politische Gesamtplanung mit FiPla 2015 – 2019 | Nr. 135/14 | Seite 73 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag</u> : Voranschlag 2015 | Nr. 133/14 | Seite 93 |
| | <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| | - <u>Bericht Postulat Tanner</u> : Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens | Nr. 280/11 | Seite 101 |
| | - <u>Bericht Postulat B. Bienz</u> : Weisung für die Beschaffung und Einkauf von Gütern und Dienstleistungen für die Gemeinde Kriens zum zweiten | Nr. 097/14 | Seite 103 |
| 4a. | <u>Dringliches Postulat Graf</u> : Geplanter Freizeitpark Langmatt | Nr. 144/14 | Seite 111 |
| 5. | <u>Planungsbericht</u> : Schulraum 2014 – 2023 / Überarbeitung 2014
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 134/14 | Seite 119 |
| 6. | <u>Beantwortung Interpellation Tanner</u> : Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 084/13 | Seite 119 |
| 7. | <u>Beantwortung Interpellation Ercolani</u> : Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 099/14 | Seite 119 |
| 8. | <u>Postulat Ercolani</u> : Beschäftigung von Sozialhilfebezüger
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 124/14 | Seite 119 |
| 9. | <u>Bericht Postulat Urfer</u> : Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im Siedlungsgebiet
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 077/13 | Seite 119 |
| 10. | <u>Bericht Postulat Takacs</u> : Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 100/14 | Seite 120 |

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Fässler:</u> „Runder Tisch“ bei grossen Bauprojekten
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 125/14 | Seite 120 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Graf:</u> Beitrag SRF über Schweizer Dschihadisten vom 14.05.2014 in der Rundschau
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 122/14 | Seite 120 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Koch:</u> Sperrung Hergiswaldstrasse nach Unwetterschäden
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 132/14 | Seite 120 |
| 14. | <u>Postulat Piras:</u> Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit!
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 138/14 | Seite 120 |
| 15. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 120 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 139/14 | Interpellation Tschümperlin: Wirtschaftsförderung vorantreiben
<i>Eingang: 01.10.2014</i> |
| Nr. 133/14 | B+A: Voranschlag 2015 |
| Nr. 134/14 | Planungsbericht: Schulraum 2014 – 2023 / Überarbeitung 2014 |
| Nr. 135/14 | B+A: Politische Gesamtplanung mit FiPla 2015 – 2019 |
| Nr. 141/14 | Postulat Ercolani: Sozialhilfebezug mit Fairness
<i>Eingang: 13.10.2014</i> |
| Nr. 142/14 | Postulat Heiz: Kurzzeitparkplätze im Zentrum Kriens
<i>Eingang: 13.10.2014</i> |
| Nr. 143/14 | Interpellation Heiz: Zusammenarbeit mit KESB
<i>Eingang: 17.10.2014</i> |
| Nr. 144/14 | Dringliches Postulat Graf: Geplanter Freizeitpark Langmatt
<i>Eingang: 23.10.2014</i> |
| Nr. 225/07 | Bericht Postulat Morf: Alters- und Behindertenleitbild für Kriens |

- Nr. 145/14 Dringliche Interpellation Aakti: Balance des Viersäulenprinzips
Eingang: 23.10.2014
- Nr. 111/14 Bericht Postulat Tschümperlin: Bypass NEIN
- Nr. 146/14 Motion Tanner: Stopp zusätzliche Verschuldung aus dem Konsumaufwand
Eingang: 29.10.2014
- Nr. 147/14 Dringliche Motion BiK: Wiederaufnahme Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt in Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 2019
Eingang: 31.10.2014
- Nr. 148/14 Interpellation Meyer: European Energy Award GOLD für Kriens
Eingang: 03.11.2014

Peter Portmann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Dominik Weingartner.

Hermann Klarer-Huwiler ist verstorben, welcher von 1975 – 1983 Einwohnerrat war. Der Sprechende bittet darum, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

Diesen Monat feiert Viktor Bienz am 20. November 2014 seinen 50. Geburtstag.

Entschuldigt haben sich Rolf Schmid, Raphael Spörri, Mara Dalla Bona, Yasikaran Manoharan und Beat Tanner.

Peter Fässler und Viktor Bienz verlassen die Sitzung um 18:30 Uhr.

Die Pause ist von 15:15 Uhr bis 15:35 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Peter Portmann keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Dringliche Interpellation Aakti: Balance des Viersäulenprinzips (Nr. 145/14)

Peter Portmann fragt, ob der Dringlichkeit der Interpellation opponiert wird. Da dies nicht der Fall ist, wird die Interpellation Aakti als Traktandum 2a behandelt.

Dringliches Postulat Graf: Geplanter Freizeitpark Langmatt (Nr. 144/14)

Peter Portmann stellt fest, dass der Dringlichkeit nicht opponiert wird. Daher gilt das Postulat als dringlich erklärt. Er schlägt vor, den Vorstoss unter Traktandum 5a zu behandeln.

Dringliche Motion BiK: Wiederaufnahme Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt in die Aufgaben- und Finanzplanung 2015 – 2019 (Nr. 147/14)

Gemäss Peter Portmann wird die Motion als Traktandum 2b behandelt, weil der Dringlichkeit nicht opponiert wird.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Peter Portmann informiert darüber, dass heute Nachmittag neue Fotos vom Einwohnerrat gemacht werden. Beni Anderes wird während der Sitzung Fotos schiessen.

2. Protokoll Nr. 1 vom 4. September 2014

Peter Portmann stellt fest, dass zum Protokoll keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

2a. Beantwortung dringliche Interpellation Aakti: Balance des Viersäulenprinzips Nr. 145/14

Gemäss Paul Winiker sind die Fragen, welche Brahim Aakti im Rahmen der Gesamtplanung und dem Budget stellt sehr aktuell. Die Beantwortung blendet bis ins Jahr 2010 zurück. Damals wurde gesagt, dass mit dem Viersäulenprinzip das strukturelle Defizit überwunden werden kann. Man sieht was in diesen vier Säulen passiert. Bei den Ausgaben wurde seit 2010 jedes Jahr ein Paket von Teilmassnahmen gemacht. Die Teilmassnahmen sind bekannt. In einem Zusatzpapier sind alle nochmals aufgeführt. Es gibt kaum einen Bereich der ungeschoren davon kam. Diese Liste ist sehr lang und das Finanzdepartement hat versucht diese Liste auf die Schnelle zu aktualisieren. Im Bereich der Leistungen/Kosten und Ausgaben hat die Gemeinde seit 2010 rund 7 Mio. Franken korrigiert. Es wird ja die Frage gestellt, inwiefern man von einer Balance zwischen Einnahme- und Ausgabekorrektur sprechen kann. Es wurde nie ein Algorithmus festgelegt, wie viel Prozent auf der Aufgaben- und Einnahmeseite sein muss. Der Gemeinderat war der Meinung, dass in alle vier Säulen Beiträge kommen, damit das strukturelle Defizit beseitigt werden kann. Bei der Säule 2 „Einnahmen“ gibt es seit 2011 verschiedene kleinere oder grössere Massnahmen. Zum Beispiel wurde bei der Musikschule der Geschwisterrabatt gestrichen und es wurden die Steuersenkungen wieder rückgängig gemacht. Die letzte Revision der Anschlussgebühren Kanalisation war auch eine Einnahmoptimierung. Der wichtigste Beitrag auf der Einnahmenseite ist die Steuererhöhung von 1.9 auf 2.0 Einheiten, welche zur Hälfte wieder durch den Wegfall der Liegenschaftssteuer kompensiert wurde. Zu den Investitionen in der Säule 3 wurde aufgeführt, dass in der Finanzplanung bis 2018 rund 185.4 Mio. Franken Nettoinvestitionen gemacht wurden oder in Planung sind. Demgegenüber wurden Desinvestitionen von rund 37.5 Mio. Franken gemacht oder geplant. Eine Balance ist gar nicht möglich. Desinvestitionen waren gedacht, dass die hohen

Nettoinvestitionen teilweise wettgemacht werden können. Zu den strukturellen Veränderungen der vierten Säule 4 hat man Aktualisierungen gemacht, was geplant ist. Einige sind bereits realisiert und andere sind noch in Abklärung. Zu den strukturellen Veränderungen zählen auch die Aufgabenverschiebungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Das Paket Leistungen und Strukturen des Kantons wird Veränderungen herbeiführen. Ein Diskussionspunkt ist der Kostenteiler Bildung. In diesem Sinne kann der Gemeinderat nicht sagen, dass die Waage eingehalten ist. Jede Säule hat einen Beitrag geleistet. Es liegt hauptsächlich beim Einwohnererrat die Beurteilung zu machen, ob die Bereiche Kosten und Kürzungen und Einnahmen genug beigetragen haben. Der Gemeinderat hat im letzten Jahr mit der Gesamtplanung eine Vorwärtsstrategie vorgelegt. Man möchte nach den vielen Teilmassnahmen die Konkurrenzfähigkeit der Gemeinde nicht noch mehr schwächen. Man möchte mit der Vorwärts-, Entwicklungsstrategie und zusammen mit der Zentrumsentwicklung schrittweise vorwärts kommen. Es soll nicht aus den Augen verloren gehen, was schon alles gemacht wurde.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Brahim Aakti wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Brahim Aakti möchte dem Gemeinderat danken, dass die Beantwortung so kurzfristig gemacht wurde. Er hat noch zwei Fragen zu der Beantwortung. Bei der Säule 1 sieht man die Frankenbeträge und bei der Säule 2 fehlen diese Angaben. Es wäre schön, wenn man sieht, was es ausgemacht hat. Bei der Säule 2 zeigt man nicht was vor 2011 passiert ist. Zum Gleichgewicht bei den Investitionen und Desinvestitionen ging es ihm um die nachhaltigen Investitionen. Desinvestitionen sind auf ewig und Investitionen können kurzfristig sein. Er möchte nicht, dass Liegenschaften veräussert werden, um damit einfach die Laufende Rechnung zu verschönern. Seine Frage, welcher Spielraum der Gemeinderat zu den Veränderungsmöglichkeiten der einzelnen Säulen sieht, findet er die Antwort nicht. Er möchte wissen, ob der Gemeinderat dies noch nachliefern könnte.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion hat die Beantwortung nur kurz überflogen. Es ist beeindruckend, was in den letzten Jahren alles gemacht wurde. Die Gemeinde gibt sich Mühe. Der Sprechende stellt immer wieder fest, dass wenn Geld fehlt, kommen die Ideen wo man kürzen kann. Kriens ist eine steuerschwache Gemeinde, weil sie den höchsten Steuerfuss in der Agglomeration hat. Der Gemeinderat hat das Möglichste gemacht. Dies ist auch der Grund, weshalb die SVP-Fraktion entgegen ihrer Prinzipien dem Budget zustimmen wird. Man muss jetzt die Augen nicht vor der Realität verschliessen. Die Realität sieht man hier schwarz auf weiss.

Laut Roger Erni, FDP-Fraktion, ist beeindruckend, dass sich die Gemeinde Mühe gibt. Man hat nun die Zahlen vor sich, die man bereits kennt. Die FDP-Fraktion verschliesst die Augen nicht und würde auch sehr gerne die Zahlen bei den Einnahmemassnahmen in der Beantwortung drin haben. Der erste Punkt von der Tarifierung in den Heimen ist ein sehr grosser Millionenbetrag. Vielleicht hat der Gemeinderat dies nicht erwähnt, weil man sonst erschrocken wäre. Der Gemeinderat muss genau dort ansetzen, dass es weh tut, damit demonstriert wird. Bei der Optimierung der Einnahmen der Säule 2 müsste der Wegfall der Liegenschafts-

steuer herausfallen. Dies ist keine Optimierung, denn das Volk hat darüber entschieden. Aufgrund dieses Entscheids müssen die Einnahmen optimiert werden.

Paul Winiker dankt für die zusätzlichen Fragen. Die Viersäulenstrategie ist ein Dauerauftrag. Der Gemeinderat wird im Frühling eine neue Lagebeurteilung machen, sobald die Rechnung vorliegt. Der Sprechende macht den Vorschlag, dass der Interpellant einen zusätzlichen Antrag macht oder der Präsident der FGK kann dies im Frühjahr nochmals traktandieren. Dort soll dies nochmals diskutiert werden und das Finanzsekretariat kann diese Informationen noch nachliefern. Es kann dann geschaut werden, wo man steht und was die wichtigsten Parameter für die Zukunft sind. Er überlässt dem Interpellanten zu überlegen, was die beste Möglichkeit wäre. Der Gemeinderat ist bereit hier Hand zu bieten.

2b. Begründung dringliche Motion BiK: Wiederaufnahme der Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt in die Aufgaben- und Finanzplanung 2015 – 2019

Nr. 147/14

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf hat die BiK anscheinend ein kleines Erdbeben ausgelöst. Das will man aber nicht. Sie haben sich nochmals abgesprochen und haben die Jahre angepasst. Neu möchte die BiK, dass die Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt wieder in die Aufgaben- und Finanzplanung 2016 – 2020 aufgenommen wird.

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass die Motion die Aufnahme der dringend notwendigen Sanierung des Schulhaus Brunnmatt in die Aufgaben- und Finanzplanung fordert. Bisher war diese Sanierung auch immer im Aufgaben- und Finanzplan erwähnt. Die BiK schreibt richtig, dass die Sanierung im 2014 mit Fr. 500'000.00, im 2015 mit 5 Mio. Franken und im 2016 mit Fr. 6 Mio. Franken drin war. Die BiK befürchtet jetzt, dass diese Sanierung nicht gemacht wird. Der Gemeinderat hat den Vermerk „strategischer Entscheid offen“ bewusst erwähnt, weil er für die bestmögliche Lösung sorgen will. Die Situation im Brunnmatt ist komplex. Darum will man alle Optionen prüfen. Jetzt ist im Aufgaben- und Finanzplan ein Planungskredit von Fr. 150'000.00 und für die Schulraumsicherung 4 Mio. Franken aufgeführt. Im Moment liegen diverse Varianten mit unterschiedlichen Kosten auf dem Tisch. Bevor nicht klar ist, ob eine Sanierung des bestehenden Gebäudes mit mobilen Bauten gleich teuer ist wie ein fixer Anbau, kann nicht gesagt werden was gemacht wird. Der Gemeinderat schaut was und wie man es umsetzen möchte. Erste Priorität hat die Sicherung von Schulraum. Ein weiterer Grund ist der Fluch der ersten Zahl. Wenn eine Zahl genannt wird, wird man daran festgenagelt. Im Moment ist der Gemeinderat noch nicht so weit, wie teuer es effektiv kommt. Im November wird das Baudepartement die Planung wieder aufnehmen, damit diese Position mit richtigen Zahlen wieder in die Aufgaben- und Finanzplanung aufgenommen werden kann. Der Gemeinderat ist bereit die Motion als Postulat zu übernehmen und im Finanzplan 2016 – 2020 wieder aufzunehmen unter Einhaltung des Investitionsplafonds. Es liegt nun an der BiK, ob sie an der Motion festhält.

Gemäss Peter Portmann bittet der Gemeinderat die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist die BiK einstimmig der Meinung, dass diese dringend notwendige Sanierung unbedingt wieder in die Investitionsplanung 2016 – 2020 aufgenommen werden soll. In den letzten Jahren wurde die Gesamtsanierung des Schulhauses Brunnmatt

matt jeweils in der Investitionsplanung berücksichtigt und miteinbezogen. Im Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2018 waren insgesamt 11.5 Mio. Franken eingeplant. In der aktuellen Investitionsrechnung wurde diese anstehende Sanierung nicht mehr aufgeführt. Es wird lediglich lapidar vermerkt, dass ein strategischer Entscheid von Seiten des Gemeinderates noch offen sei. Ebenfalls fehlt die Sanierungsabsicht in der Schulraumplanung 2014 – 2018 / Überarbeitung 2014, wie auch im Voranschlag 2015. In der Medienmitteilung vom November 2012 betreffend der notfallmässigen Sanierung Gabeldingen, hat der Gemeinderat alle geplanten Sanierungen der Schulanlagen terminlich aufgelistet. Gemäss dieser Mitteilung hätte man beim Brunnmatt im 2013 die Gebäudehülle gemacht und im 2014 die Innensanierung machen sollen. Aktuell ist keines der beiden Projekte in Arbeit. Die BiK macht sich Sorgen, dass dieses Schulhaus vergessen geht. Dieses Vorgehen ist für die BiK befremdlich und fordert die Kommission heraus. Das Schulhaus Brunnmatt ist über 60 Jahre alt. Die letzte Sanierung fand 1985 statt, also bereits vor 30 Jahren. Das Gebäude ist in einem sehr schlechten Zustand. Die Einwohnerratsmitglieder, welche beim Besuch des Feldmühle Schulhauses geschockt waren, sollen mal das Brunnmatt anschauen gehen. Der Schock wäre grösser, denn das Brunnmatt ist in einem noch schlimmeren Zustand. Aber dieser Schulraum will man in den nächsten vier Jahren nicht sanieren. Damit der Gemeinde Kriens keine zweite SOS-Massnahme, wie im Schulhaus Gabeldingen aufgezwungen wird, muss diese Sanierung dringend angegangen werden. Meist treten solche SOS-Massnahmen in einem noch ungünstigeren Moment ein. Zu beachten ist auch, dass dieses Quartiersschulhaus für die Schulraumplanung von enorm wichtiger Bedeutung ist. Es wird in Zukunft eine wichtige Pufferfunktion für die Wohngebiete Sidhalde, Schällenmatt, Schweighof und Mattenhof wahrnehmen. Denn durch Klassenverschiebungen werden die Schulhäuser Roggern 1+2 und Kuonimatt entlastet. Die BiK ist sich der sehr schwierigen finanziellen Situation der Gemeinde bewusst. Daher schlägt sie dem Gemeinderat vor, eine neue Priorisierung der bevorstehenden Schulhausanierungen zu überdenken. Das Schulhaus Brunnmatt soll nach vorne genommen werden. Die BiK bittet darum die eingereichte Motion zu unterstützen und zu überweisen.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet es gemäss Roland Schwizer gut, dass sich die BiK um moderne und sichere Schulhäuser bemüht und dies nun mit einer dringlichen Motion für die Wiederaufnahme der Sanierung des Schulhauses Brunnmatt in die Aufgaben- und Finanzplanung dokumentiert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion gibt der BiK Recht, dass es stossend ist, dass dieses über 60 Jahre alte und sehr renovationsbedürftige Schulhaus seit Jahren vom Gemeinderat links liegen gelassen wird. Sie fragt sich auch, was mit den budgetierten Fr. 150'000.00 noch weiter geplant werden muss, was nicht schon alles bekannt ist? Aber wie immer im Leben hat alles seinen Sinn. Der Gemeinderat ist wohl zur Überzeugung gelangt, dass noch nicht alle Fakten für eine Sanierung des Schulhauses vorliegen. Dass eine Sanierung wichtig ist, aber es nicht an allen Ecken brennt, zeigen die Bauspezialisten von der BK, die erst für den nächsten Finanzplan eine Aussage bezüglich Umfang, Konzept und Finanzierung für das Schulhaus Brunnmatt verlangen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion will auch sichere und moderne Schulhäuser in der Gemeinde. Deshalb unterstützt sie die Motion der BiK und möchte die Planung in den nächsten Planungsunterlagen sehen.

Martin Heiz, SVP-Fraktion, stellt sich die Frage, ob man sein Anliegen als Postulat oder Motion einbringen soll. Eine Motion ist in der Geschäftsordnung ganz klar geregelt, dass es einen separaten B+A braucht. Er möchte wissen, ob angedacht ist, dass man dies nun machen muss oder wirklich nur im nächsten Finanzplan integriert. Ein Postulat ist ein Überprüfen und wenn man zum Schluss kommt, dass es so laufen muss, läuft es dann auch so. Der Sprechende war etwas überrascht über diese Motion. Er hatte das Gefühl, dass mit den Bemerkungen das Anliegen des Einwohnerrates klar deponiert wurde. Martin Heiz hat nun zweiseitige Aussagen zum mobilen System von Matthias Senn in der BK erhalten und heute von Judith Luthiger-Senn. Er möchte nun noch wissen, ob dieses unabhängig der Sanierung des

Brunnmatt Schulhauses kommt. Man hätte die Möglichkeit das mobile System umzuplatzieren. Das mobile System sollte eine Lebensdauer von 20 – 25 Jahren haben. Es ist nun die Frage, ob beides gemacht wird. Für die Sanierung des Schulhaus Brunnmatt sind 10 Mio. Franken oder mehr geplant und für das mobile System 4 Mio. Franken. Somit wäre man schon bei 14 Mio. Franken. Dann muss man sich schlüssig werden, wohin es nun geht. Vielleicht sieht man dann mit der Schulraumplanung, dass es noch weitere Verschiebungen gibt. Der Sprechende hat anno dazumal, als die Schulraumplanung besprochen wurde, gefragt wieso das mobile System nicht gekauft wird. Nun ist man soweit, dass dies im Finanzplan drin ist. Es wäre eine einmalige Ausgabe für die nächsten zwanzig Jahre. Martin Heiz möchte wissen, was Fakt ist und was nicht. Wird ein separater B+A erstellt oder in der nächsten Finanzplanung integriert? Er findet es nicht gut einen separaten B+A zu machen, sondern soll einfach in der Finanzplanung integriert werden.

Laut Kevin Hofstetter hat die FDP-Fraktion die oberste Priorität bei der Bildung, dass Schulraum geschaffen wird, bevor andere Investitionen getätigt werden. Das Schulhaus Brunnmatt hat auch in Zukunft eine wichtige Funktion auch gerade im Zusammenhang mit der Dreiecksaufgabe. Die FDP-Fraktion unterstützt das Schulhaus Brunnmatt. Es ist wichtig, dass die Gemeinde Kriens Prioritäten setzt. Sie unterstützt deshalb auch die Motion und bittet um Überweisung.

Die SP/JUSO-Fraktion steht gemäss Peter Fässler hinter dieser Motion und wird auch daran festhalten. Es ist wichtig, dass das Schulhaus Brunnmatt möglichst schnell saniert werden kann.

Erich Tschümperlin von der Grüne/JG-Fraktion, stellt fest, dass man hier dem Finanz- und Aufgabenplan vorgreift. Ihrer Meinung nach braucht es keine Motion. Es geht auch nicht nur ums Brunnmatt. Der Sprechende hat sich die Mühe gemacht im Finanz- und Aufgabenplan zu schauen was gegenüber dem Vorjahr herausgestrichen wurde. Es sind etwa 12.5 Mio. Franken. Für das Schulhaus Brunnmatt sind es ca. 7 Mio. Franken weniger als letztes Jahr. Die Turnhalle Fenkern hat 1.8 Mio. Franken und die Bleiche 1.6 Mio. Franken weniger. Der Sprechende möchte dies nicht erst im 2016 sehen und möchte deshalb auch keinen B+A. Der Finanzplan soll so upgedatet werden. Es soll aufgezeigt werden, wie die gestrichenen Investitionen wieder in den Finanzplan hineinkommen. Erich Tschümperlin ist nicht der Meinung von Judith Luthiger-Senn. Es kann nicht einfach nächstes Jahr ergänzt werden. Wenn nächstes Jahr das Schulhaus Brunnmatt mit 13 Mio. Franken aufgeführt wird, streicht man wieder etwas heraus, was dieses Jahr drin ist. Das ist keine strategische Planung. Alle Objekte müssen aufgeführt sein und man soll sehen, wann diese Investitionen getätigt werden. Im Rahmen des Finanz- und Aufgabenplans soll überlegt werden, was rein kommt, was man hat und was am Horizont von der Finanz- und Aufgabenplanung drin ist. Dann fehlt jedoch der Zeithorizont. Die Schulraumplanung ist für mehr Jahre als der Finanz- und Aufgabenplan. Wenn nicht alles gemacht werden kann, soll der Finanz- und Aufgabenplan auch mal über sieben oder acht Jahre gehen. So weiss man ob das Brunnmatt innerhalb von fünf, sechs oder sieben Jahren saniert wird. Man kann nicht nur ein Teil der Projekte planen. Es muss ein Platzhalter drin haben, egal ob es um eine Sanierung, Teilsanierung oder Neubau geht. Mit weniger als 11.5 Mio. Franken kommt man nicht weg. Das Geld gehört in irgendeiner Form eingestellt. Der Fluch der ersten Zahl ist immer da, aber keine Zahl mehr zu erwähnen, ist der Kopf in den Sand gesteckt. Erich Tschümperlin macht beliebt, dass dies in der aktuellen Finanz- und Aufgabenplanung diskutiert wird. Es nützt nichts, wenn dies erst nächstes Jahr kommt.

Christine Kaufmann-Wolf freut es sehr, dass die BiK Rückenwind erhält. Die BiK hat sich kurz besprochen und hält an der Motion fest. Die Sanierung Brunnmatt soll wieder in den Finanz- und Aufgabenplan 2016 – 2020 aufgenommen werden. Die BiK befürchtet, dass wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, nur eine Prüfung erfolgt. Es wurde schon lange geprüft. Was die Sprechende bezüglich der Priorisierung auch schon gesagt hat, soll der Gemeinderat nochmals überdenken. Erich Tschümperlin hat zwar gesagt, dass dies nicht ideal ist, weil anderes wieder gestrichen wird. Die BiK möchte nicht vorschreiben, welche Priorisierung vorgenommen werden soll. Es gibt Schulhäuser, die weniger dringlich sind und deshalb nach hinten geschoben werden können. Wichtig sind alle, das ist klar. Wenn es um ein Schulhaus mit einem solchen schlechten Zustand geht, muss dies neu überdenkt werden.

Judith Luthiger-Senn stellt fest, dass die BiK an der Motion festhält. Das heisst für den Gemeinderat, dass er für die Finanzplanung 2016 – 2020 wieder eine neue Priorisierung angehen muss. Jedoch muss auch die Plafonierung eingehalten werden. Der Gemeinderat hat sehr wohl alle Schulhäuser, welche noch saniert werden müssen und noch nicht IF-tauglich sind, vorgemerkt. Für die nächsten zehn Jahre ist alles schon eingeplant. Der Finanzplan ist, wie alle wissen, eine 5-jährige Planung. Die Sprechende geht noch auf die Frage zu den mobilen Schulräumen ein. Wenn das jetzige Schulhaus saniert wird, braucht es während der Sanierungszeit so oder so einen Ersatz.

Abstimmung über die Überweisung der Motion BiK: Wiederaufnahme der Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt in die Aufgaben- und Finanzplanung 2015 - 2019 (Nr. 147/14)
Die Motion wird mit 23:3 Stimmen bei 4 Enthaltungen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	Enthaltung
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

3. Bericht und Antrag: Politische Gesamtplanung mit FiPla 2015 - 2019

Nr. 135/14

Peter Portmann begrüsst als Sachverständigen Beat Fallegger.

Roger Erni, Präsident der FGK, hat vor sich den Finanzplan 2007 – 2011 mit einem Eigenkapital von 14 Mio. Franken im Jahre 2004. Im 2015 liegt das Eigenkapital bei -3 Mio. Franken. Das Eigenkapital wurde letztes Jahr bzw. in diesem Jahr aufgebraucht. Das ist Wahnsinn. Eine Dekade und die Politiker, als Verantwortliche einer Gemeinde haben fast 20 Mio. Franken Eigenkapital verbraucht. Man kennt die Gründe dafür. Nur muss jetzt nach vorne geschaut und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Die vorgestellten Lösungen sind nicht überall in der Kommission auf Freude gestossen. Auf der einen Seite gilt es die Strategie des Gemeinderates mitzutragen, damit im Detail dann tragfähige Lösungen gefunden werden können. Auf der anderen Seite ist ein Finanzkommissionsmitglied getrieben vom Wunsch nach ausgeglichenen Budgets und will dort die Verantwortung wahrnehmen. Dies ist ein unlösbarer Zielkonflikt. Die FGK-Mitglieder haben den Gesamtgemeinderat mit ihren Fragen gelöchert. Auch Kritik wurde geübt. Die FGK ist froh und bittet den Gemeinderat sie in den nächsten Jahren wieder vorzeitig über die Plangrössen, welche in den Finanzplan einfließen, zu informieren. Bei diesen Planzahlen hat die FGK erkannt, dass das Wachstum der Steuerkraft „sportlich“ ist. Gerade auch im Wissen darum, dass das Resultat 2014 statt der budgetierten 72.5 Mio. Franken Gemeindesteuererträge bei unter 70 Mio. Franken zu liegen kommt. Einzig ein wenig Reserven sieht man beim Fremdkapitalzinssatz. Die Zahlen der Jahre 2015 – 2019 sehen düster aus, alle sind rot. Das Budget 2015 ist tiefrot und die Planung 2018/2019 wird von der FGK angezweifelt, dass dies so eintritt. Der Grund dafür ist v.a. bei der Investitionsplanung 2015 - 2019 zu suchen. Darin ist der Begriff „strategischer Entscheid noch offen“ viermal enthalten. Investiert man „bloss“ bei einem dieser Felder mehr als 2 Mio. Franken, wird der im Budget 2015 vom Gemeinderat mit „Trendwende“ umschriebene Begriff, nicht mehr so eintreffen. Der Mittelüberschuss wird dann wieder in einen Mittelbedarf münden. Es glauben viele in der FGK nicht was hier umschrieben wird. Am Schluss wurde noch über den Antrag der SVP befunden, dass der break-even in der Periode 2016/2017 zu erreichen ist. Der Antrag wurde mit 5:2 Stimmen abgelehnt. Einige meinten es sei ein Hüftschuss und man soll die Nerven nicht verlieren gegenüber der Meinung, dass die Hausaufgaben nicht gemacht wurden bzw. man muss den Druck auf den Gemeinderat erhöhen. Die FGK genehmigt den B+A mit 4:2 Stimmen bei einer Enthaltung.

Die BiK war gemäss Christine Kaufmann-Wolf einstimmig für das Eintreten. Im vorliegenden aktuellen B+A sind nur geringe Änderungen bzw. Anpassungen zum Vorgänger-Bericht enthalten. Die Schwerpunkte im Bereich Bildung sind:

- Die noch offenen und notwendigen Sanierungen der Schulanlagen werden weiterhin vorgenommen.
- Weiterhin planmässige Einführung des 2-Jahres-Kindergarten
- Abschluss der IF-Einführung auf Sek-Stufe
- Interne Evaluation der Integrativen Förderung
- Peripheriekonzept ICT an der Volksschule
- Bereitstellung eines IT-Musterzimmer

An der Kommissionssitzung wurde vorgängig der Schulraumbericht intensiv diskutiert. Daher wurden bereits die wichtigen bildungsrelevanten Themen vorbesprochen. Es gaben nur noch wenige Punkte zu reden, wie das Schulhaus Brunnmatt oder die Strategie, dass bei allen Schulhaussanierungen die grösseren Schulhäuser automatisch einen Hort bauen. Deshalb

wurde die Motion eingereicht. Konsequenterweise hat die BiK dann noch einen Bemerkungsantrag eingereicht. Man hat ja nicht gewusst, was mit der Motion passiert. Die Mehrheit der BiK lehnt den gesamten B+A mit 4:3 Stimmen ab.

Die Mehrheit der USK-Mitglieder ist laut Pascal Meyer der eher optimistischen Planung gegenüber kritisch eingestellt. Bei der Besprechung konnten einige offene Fragen geklärt werden. Der Sprechende erwähnt den Antrag der USK, welcher fordert, dass die Investitionen im Restaurant Parkbad um Fr. 90'000.00 verkleinert werden. Die USK ist der Meinung, dass mit dieser Kürzung dennoch eine gute Lösung für den Weiterbetrieb des Parkbades gefunden worden ist. Würde man auf diese Investition gänzlich verzichten, wäre zumindest in der nächsten Badesaison kein Restaurantbetrieb möglich. Dies wollte die Mehrheit der USK-Mitglieder verhindern und darum hat man sich auf diesen Kompromiss geeinigt.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Die BK hat sich auf die baukommissionsrelevanten Punkte beschränkt. Man war gross mehrheitlich nicht ganz glücklich mit diesem Bericht. Einige Fraktionsvertreter sind enttäuscht, da man dem Volk die Einhaltung des Finanzplanes 2014 – 2018 versprochen hatte und diesen nun nicht einhält. Bei einigen Zielen ist man der Meinung, dass sie nichtssagende Inhalte enthalten. Bei der Investitionsrechnung bemängelte man auch, dass dort auch Aussagen stehen wie „strategischer Entscheid noch offen“. Einige Punkte aus den Diskussionen sind:

- Wie steht es mit dem Masterplan im Gebiet Luzerner-/Obernauerstrasse aus?
- Änderungen in der Raumordnung betreffend Bau-Zonenreglement
- Quartierdurchmischungskonzept
- Bypass = kein Ziel formuliert
- Raumkonzept im neuen Feuerwehr und Werkhofgebäude Eichenpes
- genügend Ressourcen im Baudepartement
- Bahnhof Mattenhof
- Investitionen in das Parkbad
- Investitionen im Restaurant Hofmatt

Ein längeres Thema war dann die Investitionen in die Schulhäuser. Die BK beurteilt natürlich die baulichen Aspekte. Vor allem war der Auslöser dazu, dass man keine Angaben mehr zum Brunnmattschulhaus fand. Es wurde diskutiert, ob die Priorisierung richtig ist und warum es ein mobiles System braucht. Bei den Schulhäusern ist anscheinend nun auch die neue Schulraumplanung eingeflossen. Der BK ist es auch wichtig, dass die Schulraumplanung mit der Sanierung der Schulhäuser übereinstimmt. Die BK ist über den baulichen Zustand des Brunnmattschulhauses sehr besorgt. Man einigte sich, dass die BK dazu eine Bemerkung als Antrag stellen wird. Dieser Bemerkung wurde seitens der BK einstimmig zugestimmt und der B+A wird mit 6:1 Stimmen genehmigt.

Laut Bruno Bienz war das Eintreten auf den B+A: Politische Gesamtplanung mit Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 2019 in der SGK unbestritten. Sie dankt allen Beteiligten für die grosse Arbeit. Im Vorwort ist ein Satz, der erwähnt sein sollte: „*Gemeinsam sind wir stark und gemeinsam können wir viel erreichen unter dem Motto: Wir sind Kriens*“. Ein Gedanke tauchte aber auf, ob die Planung realistisch ist. Zu wünschen für Kriens wäre es. Die Herausforderung mit dem Wegfall der Liegenschaftssteuer wiegt schwer. Bemängelt wurde, dass die Investitionsplanung völlig intransparent ist. Erfreut wurde aber auch festgestellt, dass das Projekt Leben im Zentrum gestartet werden kann. In der Detailberatung wurden viele Fragen kompetent beantwortet. Die SGK-Mitglieder stimmen den SGK-relevanten Punkten der Gesamtplanung

mit integriertem Finanz- und Aufgabenplan 2015 – 2019 mit 3 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, meint, dass die vorliegende politische Gesamtplanung mit dem Sprichwort „Alter Wein in neuen Schläuchen“ kurz beschrieben werden kann. Dies ist keine Kritik, sondern eine Feststellung. Denn es wäre nicht gut, wenn der Gemeinderat jedes Jahr dem Einwohnerrat eine neue, jeweils anders lautende Fünfjahresplanung unterbreiten würde. Diese langfristige Planung soll eine Art strategisches Kochbuch sein, das bei allen Menüs die bekannten Zutaten verwendet, aber doch jedes Jahr mit einem kleinen Menü-Surprise aufwartet. Dieses Jahr hat es das Menü in sich. Eine erste, gute Überraschung im Kochbuch des Gemeinderates ist der Wechsel vom Wunsch nach der Umsetzung der Zentrumsplanung in den Willen, die vom Stimmvolk angenommene Veränderung des Zentrums-kerns etappiert in Angriff zu nehmen. Dieser Entscheid erkennt man in verschiedenen Bereichen der Gemeindeplanung wie zum Beispiel „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“, den Gemeindeinvestitionen oder dem Bereich „Generationen, Soziales & Gesundheit“. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass die Zukunfts- und Ergebniskonferenz „Wir sind Kriens“ Eingang in die Gesamtplanung gefunden hat. Dies setzt ein Zeichen an die Bevölkerung, dass die Wünsche, Anregungen, aber auch die Ängste der Krienser Bürgerinnen und Bürger vom Gemeinderat ernst genommen werden und in die politische Planung aufgenommen werden. Auch die Bypass-Problematik, mit der sich die Gemeinde Kriens befassen muss, findet in der 5-Jahresplanung genügende Erwähnung. Aber die Förderung der Standortattraktivität für Unternehmen in Kriens bleibt weiterhin ein Stiefkind des Gemeinderates. Mit LuzernSüd ergibt sich eine einmalige Chance für Kriens, sich als fortschrittliche und innovative Gemeinde zu präsentieren. Hier versteckt sich der Gemeinderat zu sehr hinter dem Kanton mit den tiefen Unternehmenssteuern und dem kantonalen Wirtschaftsförderer. Es kann nicht sein, dass die einzige Aktivität im Bereich der Wirtschaftsförderung auf Krienser Gebiet die Unterstützung des Gewerbeverbandes ist, bei der Schaffung eines Handwerkerzentrums. Im Hinblick auf die grossen Entwicklungen von LuzernSüd muss der Gemeinderat viel aktiver sein, bei der Anwerbung von neuen Unternehmen. Im Übrigen entpuppen sich die Ziele und Massnahmen z.T. als sehr schöne PR-Texte, die sich in nichts überbieten lassen und mehr Fragen offen lassen als beantworten. Ein Beispiel ist: *„Die Gemeinde Kriens fördert ein qualitativ gutes und für alle zugängliches Bildungsangebot, das die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schüler optimal unterstützt“*. Dies tönt gut, aber der Kanton sagt, was gemacht werden muss. In der Finanzplanung hat der Gemeinderat bei den Überraschungen mit der grossen Kelle angerichtet. Kriens befindet sich nun definitiv im Tal der Tränen. Historisch hat man etwas erreicht, was die politischen Vorgänger nicht geschafft haben. Die Gemeinde Kriens verfügt über kein Eigenkapital mehr. In der Privatwirtschaft würden bei dieser Meldung bei der Geschäftsleitung die Alarmglocken läuten. Dazu beigetragen haben der Wegfall der Liegenschaftssteuer und die budgetierten Steuereinnahmen, die um 1.4 Mio. Franken unterschritten werden. Trotz dem Nichterreichen des Einnahmeziels rechnet der Gemeinderat in der Mehrjahresplanung weiterhin mit einem Steuerwachstum von 4.5 %. Hier stellt sich die Frage, ob eine konservativere Schätzung nicht ein genaueres Ergebnis erzielen würde und man nicht jedes Jahr melden muss, dass die Steuereinnahmen nicht wie geplant geflossen sind. Was auch zum Denken Anlass gibt, ist die Tatsache, wie selbstverständlich für 2015 ein Budgetminus von 3.2 Mio. Franken budgetiert wird, ohne Sparmöglichkeiten aufzuzeigen. Das führt nun auch dazu, dass andere Parteien in Aktivismus ausbrechen und dem Gemeinderat mit Schuldenbremsen planerische Fesseln verpassen wollen, die laufende Rechnung ans BIP koppeln wollen oder das Budget zurückweisen wollen, weil Sie nicht an das prognostizierte Wachstum glauben. Eine Strategie und ein Finanzplan sind mittelfristig angelegt und basieren auf Annahmen. Es ist richtig, dass der Gemeinderat auf die Zentrumsplanung und auf die Entwicklung in der Region LuzernSüd vertraut. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion vertraut der Mittelfristplanung des Gemeinderates und ist für Eintreten auf die Politische Gesamtplanung mit Aufgaben- und Finanzplanung und wird die beantragten Zwangsmassnahmen ablehnen.

Alfons Graf führt aus, dass aus Sicht der SVP-Fraktion die politische Gesamtplanung mit Aufgaben und Finanzplan 2015 – 2019 in einer sehr übersichtlichen Broschüre dargestellt ist. Dafür dankt sie dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Arbeit. Die SVP-Fraktion unterstützt aber nicht alle geschilderten Massnahmen und Ziele im Finanzplan. Zu den Zielen Z5 und Z6 sieht die SVP-Fraktion aber nicht ein, warum die Gemeinde eine Vorreiterrolle beim Ausbau der erneuerbaren Energie wahrnehmen soll. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmer sollen selbständig und ohne staatliche Einmischung Massnahmen für die Optimierung der eigenen Energieversorgung vornehmen. Dies könnte allenfalls durch Steuererleichterungen von der Gemeinde gefördert werden. Gemäss UVEK ist die 2000-Watt Gesellschaft aus technischen Gründen in den nächsten Jahrzehnten nicht realisierbar. Eingriffe in diesem Gebiet zu Lasten der Immobilienbesitzer und KMU kommt für die SVP-Fraktion nicht in Frage. Sie erwartet beim Bereich „Zukunft Kriens – Leben in Zentrum“, dass die Desinvestitionen konsequent durchgeführt werden müssen. Die Verkehrsziele kann die SVP-Fraktion nicht unterstützen. Eine Priorisierung des Busses soll realisiert werden, aber wie? Es stand bereits zur Diskussion Busbuchten aufzuheben. Das kommt für sie schon gar nicht in Frage. Für Kriens kommt nur eine Umfahrung oder eine Untertunnelung, wie bereits mehrfach diskutiert wurde, in Frage. Die SVP-Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass er einen Massnahmenkatalog erstellt, dass die Wende zum Erreichen der schwarzen Zahlen bereits 2017 anstatt 2018 eintritt. Das natürlich alles ohne Steuererhöhungen. Die Zahlen in der Finanzplanung sind immer noch auf eine wirtschaftliche Schönwetter-Lage eingestellt. Was geschieht aber wenn ein wirtschaftlicher Einbruch stattfindet? Kriens würde ohne Konzept dastehen und hat keine Möglichkeiten die Notbremse zu ziehen und Mitte-Links wird sofort auf Steuererhöhungen pochen anstatt endlich Abstriche auf der Ausgabenseite zu erzwingen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Roger Erni, FDP-Fraktion, fragt sich, ob es möglich ist, dass in einer Gemeinde mit fast 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner und einem Budget von 180 Mio. Franken von einem Finanzplan zum Andern 2-3 Sätze rausfallen, 2-3 neue Sätze reinkommen und eine Massnahme nicht auf die neuen Gegebenheiten angepasst wird. Dies ist ungenügend aus Sicht der FDP-Fraktion. Es hat auch noch einige Unsauberkeiten drin. Aber die Fraktionsmitglieder sind nicht Lektoren sondern Legislativ-Politiker. Aus Sicht der FDP-Fraktion sollte der Gemeinderat das Projekt "Wir sind Kriens" bald abschliessen, da er ja schreibt, dass vieles davon eingeflossen ist. Gegenüber dem letzten Jahr widmet man diesem Thema jedoch nur noch eine Seite. Die FDP-Fraktion hofft, dass dieses Projekt nächstes Jahr abgeschlossen ist. Die finanziellen und strukturellen Herausforderungen wurden nicht gemeistert. Es wird dem Volk und der Behörde nicht getraut auf das Bein zu stehen. Hinzu kommt, dass die vierte Säule nicht angegangen worden ist. Es wird vom Wegfall der Liegenschaftssteuer geschrieben. Wenn die Krankenkassen-Prämien nach oben gehen, muss man als Haushalt auch reagieren. Der Gemeinderat macht aber gar nichts. Man erhöht lediglich das Budget um 1.3 Mio. Franken. Auch die Themen Pflegefinanzierung, integrative Förderung und 2. Kindergartenjahr sowie die Familienergänzenden Tagesstrukturen hört man schon lange, aber passieren tut nichts. Es werden mehr Kosten den Verursachern überwältigt und der Nachholbedarf an Werterhaltung ist jetzt dann auch langsam gegessen. Die Schuld immer dem Vorgänger zugeschoben ist einfach. Selbstverantwortung muss nun getragen werden. Und bei den Chancen verweist der Gemeinderat immer auf das Wachstum. Genau dies wollen 3 von 5 Gemeinderäten und die Mehrheit der Einwohnerratsmitglieder nicht. Genau jetzt wäre es an der Zeit die Reserven aufzulösen und die absolut "unsinnige" Gabeldingenwiese zu überbauen. Das ist das Krienser Kapital, welches für die kommende Generation aufgelöst werden muss, um auch dieser Generation wunderschönen Wohnplatz "schenken" zu können. Die FDP-Fraktion wird diesen Finanzplan nicht genehmigen. Sie hat am 29. Oktober 2014 dazu mit einer Motion „Stopp zusätzliche Verschuldung aus dem Konsumaufwand“ dem Gemeinderat ein Instrument in die Hände gegeben, mit welchem er keine Angst haben muss, dass er der Schuldige an Veränderungen ist. Der Schuldige wäre dann der Einwohnerrat. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Mario Urfer für Eintreten. Mit der rollenden Finanzplanung hat sich der Gemeinderat teilweise mutige Ziele gesteckt. Die Vorwärtsstrategie enthält auch Sparmassnahmen die die SP/JUSO-Fraktion an die Schmerzgrenze gebracht hat. Trotzdem unterstützt sie die Strategie des Gemeinderates, weil sie glaubt, dass sie zum Ziel führen kann und weil sie Mitverantwortung tragen will. Der Finanzplan zeigt auf, Kriens steht in einem Wachstumsprozess. Die Umsetzung der Zentrumsplanung läuft, weitere Bauprojekte von privaten Investoren widerspiegeln sich im Finanzplan, wie auch der Investitionsbedarf der notwendigen Basis Investitionen. Leitlinien aus der Zukunft und Ergebniskonferenz „Wir sind Kriens“ fliessen ein. Zur Erreichung der Ziele der Strategie des Finanzplans hat es Stolperfallen. Der Wegfall der Liegenschaftssteuer ist ein gutes Beispiel. Es hat Komponenten, die der Gemeinderat nicht beeinflussen kann, wie Zinssatz, Wirtschaftswachstum oder Konjunktur. Deshalb braucht es um die Ziele der Vorwärtsstrategie zu erreichen, Ausharrungsvermögen. Es müssen Zwischenbilanzen gezogen und die nötigen Korrekturen angebracht werden. Absolut unverständlich ist für die SP/JUSO-Fraktion, dass gerade die rechtsbürgerlichen Parteien auf den Finanzplan schiessen die Federführend für die Abschaffung der Liegenschaftssteuer waren. Dies drückt die schwarzen Zahlen um ein Jahr nach hinten. Der Antrag für eine Bemerkung, dass das Budget ohne Defizit bereits auf die Planperiode 2016/2017 kommen soll, ist alles andere als lösungsorientiert. Man wirft ein Rettungsring ins offene Meer und erwartet, dass ihn jemand gebrauchen kann. Der Finanzplan hat kritische Punkte die die SP/JUSO-Fraktion hinterfragt. Der Gemeinderat geht von einem durchschnittlichen Steuerwachstum von 4,25 % aus, obwohl die Steuererträge des laufenden Jahres hochgerechnet 1.4 Mio. Franken unter dem Budget liegen. Die SP/JUSO-Fraktion glaubt nicht, dass sich das Wachstum von Kriens, an das durchschnittliche Wachstum des Kantons angenähert hat und sich dies in den erhöhten Steuereinnahmen widerspiegelt. Wenn eine Agglomerations-Gemeinde das Wachstum mit den zusammenhängenden Steuererträgen erreichen kann, mag es sein, dass dies Kriens ist. Die aktuellen Zahlen sprechen etwas anderes. Es ist nicht annähernd auf gleicher Höhe. Der Antrag das Brunnmattschulhaus wieder in die Liste des Investitionsvorhabens aufzunehmen hat die SP/JUSO-Fraktion mit der dringlichen Motion, Wiederaufnahme der Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt in den Aufgaben und Finanzplan 2016 – 2020 unterstützt. Es fragt sich, ob für die Nettoinvestitionen für das Jahr 2019 mit den noch offenen strategischen Entscheiden Grossfeld, Sportanlage Kleinfeld und Bahnhof Mattenhof unter 10 Mio. Franken ausreichen werden. Die SP/JUSO-Fraktion fordert einen realistischen Finanzplan. Der finanzielle Handlungsrahmen ist viel zu eng, um die finanzielle Zukunft auf der Hoffnung zu planen. Ihr ist es lieber vorsichtig zu budgetieren und in der Rechnung einen unerwarteten Überschuss zu erzielen. Der vorliegende Finanzplan ist sehr optimistisch. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt ihn einfach als rollende Planung zur Kenntnis. Sie sagt, wenn auch nicht mit Begeisterung, ja zur Vorwärtsstrategie und der Finanzstrategie des Viersäulenprinzips. Deshalb genehmigt sie den Finanzplan. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Die SP/JUSO-Fraktion hofft, dass der Stimmbürger der Initiative «Für faire Unternehmenssteuern» zustimmt und die Unternehmenssteuer moderat nach oben angepasst werden, was die Gemeinde etwas entlasten dürfte.

Auch die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Erich Tschümperlin für Eintreten auf diesen B+A. Sie hat den B+A aufmerksam durchgelesen und ist leider über einige Unstimmigkeiten gestolpert. Spätestens ab Seite 10 sind Ziele und Massnahmen nicht mehr unter Kontrolle. Ab hier passen Ziel und Massnahmen nicht mehr zusammen. Offenbar wurde beim Überarbeiten Ziele und Massnahmen unabhängig voneinander editiert. Sinn und Zweck der Gesamtplanung ist doch, dass sich die Gemeinde Ziele setzt und dazu Massnahmen formuliert. Damit der Leser dies nachvollziehen kann, müssen die Ziele und die Massnahmen dieselbe Nummer, sprich eine Referenz, haben. Sonst kann der Leser oder die Leserin das Dokument nicht richtig lesen. Anders besteht auch die Gefahr, dass Massnahmen oder Ziele sich nicht mehr decken. Es gab bereits Vorschläge unliebsame Massnahmen zu löschen, ans entsprechende Ziel hat niemand gedacht. Die Grüne/JG-Fraktion fragt sich, ob hier ernsthaft Ziele gesteckt und Mas-

snahmen erarbeitet wurden. Auf jeden Fall wurde nicht mit der nötigen Sorgfalt gearbeitet und dieser Teil des Berichts ist nicht lesbar und so nicht brauchbar. Dies muss ihrer Ansicht nach nochmals überarbeitet werden. Mindestens die elektronische Version, sonst werden die Leserinnen und Leser an der Ernsthaftigkeit dieses B+A's zu Recht zweifeln. Auch dem Anspruch an bürgernähe und gut lesbaren Informationen wird dieser Bericht so nicht gerecht. Der zweite Punkt der der Grüne/JG-Fraktion aufgefallen ist und sie sehr beunruhigt ist die Investitionsrechnung. Mit grossem Erstaunen hat sie festgestellt, dass Investitionen aus der Finanzplanung des letzten Jahres nun kommentarlos gestrichen wurden. Wenn man die Investitionen mit denjenigen vom letzten Jahr vergleicht, stellt man sehr grosse Veränderungen fest. Der Sprechende hat nur mal die Bildung genauer angeschaut und mit dem Vorjahr verglichen. Ein direkter Vergleich ist nicht immer möglich, doch die grossen Brocken kann man trotzdem beziffern. Folgende Reduktionen und Erhöhungen sind erfolgt.

Schulhäuser	Reduktion	Erhöhung	
Amlehn	1'000		
Bleiche	1'600		
Brunnmatt	7'000		
Feldmühle		1'000	neu
Grossfeld	1'100		
Kirchbühl 1+2		4'300	
Kuonimatt		2'000	
Meiersmatt		600	
Obernau		800	
Roggern		2'400	neu
Turnhalle Fenkern	1'800		
Total	12'500	11'100	

Warum beunruhigt das die Grüne/JG-Fraktion so sehr? In den Jahren 2015 – 2019 sind auf diese Weise ca. 12 Mio. Franken Investitionen gestrichen worden. Diese Investitionen wurden noch letztes Jahr als notwendig betrachtet und werden durch die Schulraumplanung auch nicht bestritten. Diese Investitionen werden kommen. Wenn die strategischen Entscheide zum Schluss kommen, dass die Investitionen nötig sind, wie beispielsweise das Brunnmattschulhaus, dann erhöht sich die Investitionssumme nächstes Jahr wieder entsprechend. Das geht aber nicht, da man die Obergrenze der Investitionen kaum überschreiten wird. Das heisst, dass diese Investitionen irgendwann in ferner Zukunft gemacht werden. Ab 2019 werden ja gemäss Finanzplan die Investitionen massiv zurückgefahren, damit das Defizit abgebaut werden kann. Hier betrügt man sich selber. Mit diesem Finanzplan können die strategischen Projekte gar nicht mehr im Planungshorizont aufgenommen werden. Nachher aber auch nicht mehr oder man streicht jedes Jahr wieder andere Investitionen. Darum hat Erich Tschümperlin vorher gesagt, dass es keinen zusätzlichen B+A braucht. Die Investitionsplanung muss upgedatet werden, damit man ein Gesamtbild von allen Investitionen hat, die man aufgrund der Schulraumplanung weiss. Die Grüne/JG-Fraktion möchte gerne eine Antwort darauf, wann diese zurückgestellten strategischen Projekte realisiert werden können und zwar ohne, dass wiederum ein anderes Projekt gestrichen wird. Zusätzlich möchte sie, dass in dieser brenzlichen Situation der Planungshorizont um mindestens 2-3 Jahre erweitert wird, damit man heute sieht wie es weiter geht. Die fünf Jahre, welche normalerweise die Dauer von der Finanzplanung ist, wird vom Finanzhaushaltsgesetz nicht definiert. Der Einwohnerrat muss wissen wie es weitergehen soll, sonst kann er diesem Finanzplan nicht zustimmen, ohne beide Augen zu zudrücken. Es wäre transparenter gewesen, wenn der Gemeinderat auch für die strategischen Projekte Platzhalter-Beträge eingesetzt hätte. Die Zahlen dazu hat er ja letztes Jahr selbst geliefert. Dann wäre das Problem der fehlenden Mittel auf den Tisch gekommen und die Prioritäten könnten diskutiert werden. Man spricht immer von Prioritäten. In diesem Finanz- und

Aufgabenplan sind nirgends Prioritäten enthalten. Es sind lediglich die Projekte aufgelistet. Man weiss nicht was zuerst kommt. Dieses Problem stellt sich nicht nur in der Bildung, die fehlenden Mittel sind noch grösser. Auch beim Kleinfeld sind grosse Investitionen gestrichen oder verschoben worden. Und plötzlich taucht der Bahnhof Mattenhof bei den Investitionen auf. Vor der Abstimmung wurde damit geworben, dass die Mobimo dies übernimmt und auch dies Teil des Verkaufspreises sei. Nun wird Kriens zur Kasse gebeten. Es braucht auch Investitionen für Erweiterungen und Unterführungen. Erich Tschümperlin hätte hier gerne einen Platzhalterbeitrag gesehen. Dies alles wird mit dem sehr schlanken Hinweis präsentiert, dass bei einigen Projekten Verschiebungen vorgenommen wurden. Auf Seite 28 gibt es keinen einzigen Hinweis zu diesen Verschiebungen. Der Sprechende wagt heute zu behaupten dass gegen 20 Mio. Franken dringende und versprochene Investitionen in der Investitionsrechnung fehlen. Im Vergleich zum Budget, wo schon wenige Tausend Franken Abweichungen detailliert kommentiert werden, ist dies mehr als dürftig. Es ist ungenügend. Wenn man jetzt Investitionen aufschiebt und bei den Planzahlen davon ausgeht, dass die Finanzen gesunden, da die Investitionen zurückgehen, dann belügt man sich selbst. Dann produziert die Gemeinde hier und heute die Altlasten von morgen. Aus diesen Gründen lehnt die Grüne/JG-Fraktion den Bericht und Antrag in dieser Form ab und verlangt eine entsprechende Überarbeitung.

Martin Heiz kann die Aussage von Mario Urfer zu der Liegenschaftssteuer zu Lasten der SVP-Fraktion nicht stehen lassen. Die SVP-Fraktion hat wohl ja gesagt. Aber auch Mario Urfer wird einen klaren Volksentscheid respektieren. Die SVP-Fraktion ist nicht immer schuld. Das Volk hat klar ja zu dieser Abschaffung gesagt. Dies hat nichts mit den Parteien zu tun. Der Sprechende ist überzeugt, dass es auch auf der linken Seite Einige gibt, die dem zugestimmt haben.

Räto Camenisch ist schon seit bald 10 Jahren im Einwohnerrat. Früher war der Finanzplan nicht mal das Papier wert. Heute ist er klarer geworden, aber die Tristesse ist katastrophal. Die Angaben sind wie Klötzchen, die verschoben werden. Es werden Sachen gestrichen und wieder hineingetan, damit es nachher stimmt. Es werden Angaben über Steuereinnahmen gemacht, die so höchst wahrscheinlich gar nicht kommen. Die Gemeinde hat einen Eigenfinanzierungsgrad im Jahr 2015 von 17 %. Die Richtlinien vom Kanton sind 80 %. Kriens ist nun am tiefsten Punkt angelangt. Es wurde nochmals ein Klötzchen geschoben und das Schulhaus Brunnmatt wurde auch integriert. Jetzt ist der Gemeinderat gefordert und muss weiterschauen wie es geht. Eine Idee war, dass diese Planung erweitert wird und alles auflistet, was es braucht. Das ist richtig, weil man ja nicht von der Hand in den Mund lebt. Der Sprechende kommt zurück auf die Aussage von Roger Erni, dass die vierte Säule bisher noch nicht richtig angepackt wurde. Dieser Meinung ist die SVP-Fraktion auch. Strukturelle Veränderungen haben in der Gemeinde nicht gross stattgefunden. Deshalb hat die SVP-Fraktion einen Antrag eingereicht, dass der Gemeinderat gezwungen wird jetzt die vierte Säule an die Hand zu nehmen. Der break-even soll mit Massnahmen, die an die Strukturen gehen schon ein Jahr vorgezogen werden. Es wird ein Paket gebraucht, womit Nägel mit Köpfen gemacht wird. Kriens lebt bei den laufenden Aufgaben und den Investitionen über die Verhältnisse. Das ist kein Vorwurf, dass die Verwaltung schlecht arbeitet. Leider ist der Oberbau der Gemeinde so schwer geworden, dass man diesen nicht mehr stemmen kann. Nun braucht es einen Druck. Deshalb reicht die SVP-Fraktion die Bemerkung ein, dass eine Handlung in die vierte Säule getätigt wird. Wenn diese Bemerkung nicht genehmigt wird, kann die SVP-Fraktion dieser Finanzplanung nicht zustimmen.

Paul Winiker ist der Meinung, dass man vorwärts schauen muss. In jeder Planrechnung hat es Chancen und Risiken. Man hat manchmal die Tendenz die Risiken schwarz zu malen und die Chancen nicht zu sehen. Der Prozess „Wir sind Kriens“ hat aufgezeigt, dass die Gemeinde

vorausschauen will und muss. Man möchte die Gemeinde positiv entwickeln, dass sie konkurrenzfähig und leistungsfähig ist. Bei der Finanzplanung ist die Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben weit auseinander gegangen. In der letztjährigen Finanzplanung wurde gesagt, dass Kriens eine Chance hat, aus eigener Kraft den break-even zu erreichen, auch selbst wenn die Zentrumsinvestitionen gemacht werden. Der break-even wäre im Jahr 2017 erreicht worden. Dass die Liegenschaftssteuer wegfiel, war keine Entscheidung des Gemeinderates, sondern eine Volksentscheidung. Dies muss so akzeptiert werden. Tatsache ist, dass der Gemeinde rund 1.3 Mio. Franken fehlen. Es führt dazu, dass unter den gleichen Annahmen von Leistungen und Einnahmen erst ein Jahr später der break-even erreicht wird. Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass die Finanzplanung glaubwürdig und verlässlich ist. Von Seiten der FDP wurde gesagt, dass der Gemeinderat in Bezug auf den Wegfall der 1.3 Mio. Franken nichts gemacht hat. Wenn man aber die Liste mit dutzenden von Massnahmen anschaut, sieht man, dass dies nicht stimmt. Wenn man das Museum im Bellpark, die Sonnenbergbahn aufgeben und die Badi schliessen würde, würde es knapp reichen, um die 1.3 Mio. Franken wett zu machen. Diesen Betrag kann man nicht so einfach wegbringen. Deshalb ist die Finanzplanung strategiekonform mit dem was letztes Jahr besprochen wurde. Es ist klar, dass diese in den Zukunftsannahmen Unsicherheiten hat. Die Annahme des Wachstums mit 4.5 % ist sportlich. Man hat aber in den verschiedensten Kommissionen das Wachstum mit den zusätzlichen Wohnungen und den möglichen Steuereinnahmen hinterlegt. Es ist möglich, dass dies erreicht wird. Die Problematik war natürlich auch in der Vergangenheit. Nach sieben Jahren und den zwei Steuergesetzrevisionen ist man ungefähr wieder auf dem gleichen Einkommenslevel der Gemeindesteuern wie im 2007. Der Sprechende findet das eine unglaubliche Leistung, dass die Gemeinde nach sieben Jahren wieder die gleichen Einnahmen hat. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind um rund 30 % und die Unternehmen um 62 % entlastet worden. Deswegen ist es nicht vermessen, dass wenn der Gemeinderat davon ausgeht, dass dieses Wachstum erreicht wird. Wichtig ist, dass weitere Mehrleistungen diese Einnahmen nicht wieder wegfressen. Es gibt einige Leistungen, welche in den letzten Jahren dazu gekommen sind, wie die Pflegefinanzierung, Einführung der IF und 2. Kindergartenjahr. Diese Leistungen wurden auch mit demokratischen Beschlüssen eingeführt. Bei der Planrechnung hat es drei Stellschrauben. Das sind die Leistungen, Einnahmen und Investitionen. Der Gemeinderat hat den Beschluss gefällt, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren mit den Investitionen fast schon überfordert wird. Die Zentrumsinvestitionen sind im Jahr 2018 beendet. Das Ziel jeder Finanzplanung muss sein, dass man mit einer Selbstfinanzierung weiterfahren kann. Wenn in den letzten 20 Jahren jedes Jahr 9 bis 10 Mio. Franken investiert worden wären, hätte man heute dieses Problem nicht. Der Gemeinderat möchte dies finanzpolitisch glätten und auf einen gesunden Kurs kommen. Rätö Camenisch hat die Eigenfinanzierung von 17 % im 2015 erwähnt. Der Grund ist das Basisprojekt für die Kernaufgaben mit sehr hohen Investitionen und das Zentrumsprojekt. 17 % ist absolut inakzeptabel. In den Folgejahren ab 2019 muss angestrebt werden, dass man 100 % oder mindestens 80 % erreicht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat gesagt, diese Planung sei alter Wein in neuen Schläuchen. Alter Wein ist guter Wein. Die Mehrheit steht hinter dem Gemeinderat den gemeinsam erarbeiteten Plan zu verfolgen. Es braucht ein wenig Beharrlichkeit und Durchhaltewillen, dann kommt es auch richtig. Der Gemeinderat versteckt sich nicht hinter dem Kanton. Aber es ist eine Tatsache, dass der Kanton in vielen Bereichen die Grundlagen vorgibt. Dies ist jedoch auch demokratisch legitimiert. Die Gemeinde sollte die Wirtschaftsförderung auch aktiver betreiben. In der FGK wurde bereits diskutiert, wie die Möglichkeiten mit den K5 Gemeinden aussehen. Die beste Wirtschaftsförderung ist, dass man nun vorwärts macht und gute Rahmenbedingungen zu den Entwicklungsschwerpunkten festlegt. Die Gemeinde hat gute Entwicklungsperspektiven. In so einer Gesamtplanung können nicht immer alle mit einem Teilziel einverstanden sein. Diese sollte jedoch der Mehrheit entsprechen. Wenn ein paar Ziele auch visionär sind, ist dies auch nicht verboten. Man darf und soll auch gewisse Visionen haben. Die FDP-Fraktion hat bemängelt, dass zu wenig Wert auf die vierte Säule gelegt wird. Hier ist die Frage was darunter verstanden wird. Der Sprechende hat es so verstanden, dass die Verwaltung die internen Strukturen überprüfen soll. Der Gemeinderat war der Meinung, dass geschaut wer-

den muss, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, welche mit Kooperationen gemacht werden können. Die Überprüfung der internen und eigenen Strukturen ist eine Daueraufgabe. Der Gemeinderat macht eine Organisationsanalyse und eine Departementsreform ist auch geplant. In der Überarbeitung gibt es auch gewisse Unstimmigkeiten. Diese sind jedoch nur bei der Nummerierung und nicht inhaltlich. Es gibt keine Unstimmigkeiten zwischen den Zielen und Massnahmen. Die einzige Unstimmigkeit ist, dass nicht alle Ziele und Massnahmen adäquat Ressourcen bereithalten. Es reicht nicht immer für alles innerhalb der Fristigkeiten. Man muss mit Sorgfalt und Ernsthaftigkeit Pläne machen. Die Priorisierung ist bei den Investitionen. Die Schulraumplanung ist eine ganz wichtige Grundlage, damit die Priorisierung bei den Investitionen, richtig gemacht wird. Der Gemeinderat hat bewusst gewisse Zahlen nicht erwähnt. Wenn man auf Zahlen von anderen Projekten schaut, ist der Gemeinderat ein gebranntes Kind. Man wollte keine Zahl einsetzen, die nicht stimmt. Es wurde aber angezeigt, dass noch strategische Entscheide gefällt werden müssen. Es wurde gesagt, dass die Finanzplanung updatet werden soll. Dies wird jedes Jahr gemacht, aber nicht unter dem Jahr. Das Instrument des Einwohnerrates sind die Bemerkungen und Aufträge. Dies wird dann im nächsten Finanzplan entsprechend bearbeitet. Dieser Bericht kann zur Kenntnis genommen oder abgelehnt werden. Es wird jedoch keine neue Planung gemacht. Der Gemeinderat ist bereit eine Lagebeurteilung zu machen, ob man auf Kurs ist. Wenn auch der Gemeinderat die Möglichkeit sieht, dass der break-even früher erreicht wird, wird dies auch gemacht. Die Trendwende muss herbeigeschaffen werden. Es ist jedoch nicht einfach dies ein Jahr früher zu machen. Paul Winiker bittet, dass man bei der Strategie bleibt und diese auch durchzieht.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass in dieser Investitionsplanung 12.5 Mio. Franken bei der Bildung und 3.5 Mio. beim Kleinfeld herausgenommen wurde. Er möchte gerne ein Update. Dies wird aber erst nächstes Jahr wieder gemacht. Wenn nächstes Jahr dies hineinkommt und man anderes herausnimmt, ist man wieder gleich weit. Der Sprechende fragt, weshalb nicht alle Projekte erwähnt sind und ob nächstes Jahr bei den Projekten die nicht klar sind, wieder unter strategische Planung hineinkommen. So hat man nie ein Gesamtbild der Investitionen.

Paul Winiker führt aus, dass die Gemeinde verschiedene Planungen über die 5-Jahresplanung macht. Die 5-Jahresplanung ist die klassische, welche alle Gemeinden und der Kanton machen. Dort möchte man eine gewisse Qualität und Tiefe haben. Meistens ist es auch im Rahmen der Legislaturperiode. Die Schulraumplanung ist für 10 Jahre und der interne Plan der Investitionen läuft auch über zehn Jahre. Der Gemeinderat ist gerne bereit ähnlich wie bei der Schulraumplanung in der BK die Investitionen über 10 Jahre zu diskutieren. Wenn beim Kleinfeld 3.5 Mio. Franken herausgenommen wurden, ist die Idee, dass ab 2019 dieser Betrag wieder investiert, geschoben oder auch darauf verzichtet werden kann.

Peter Portmann stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Seite 4: Nr. 12 - Integration Arbeits- und Wohnort

Roland Schwizer möchte wissen, wie der Stand der Planung der Leistungserstellung ist.

Gemäss Paul Winiker geht es um eine übergeordnete Zielsetzung. Die laufenden Teilprojekte wurden in der Beantwortung zur Interpellation von Brahim Aakti aufgeführt. Innerhalb der K5 gibt es fünf Teilprojekte, wo geprüft wird, welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit es gibt. Am 23. Januar 2015 gibt es eine Medienorientierung in welchen Bereichen zusammengear-

beitet wird. Es wird geprüft, ob bei der Wirtschaftsförderung innerhalb der Agglomeration die Ressourcen verbessert werden können. Die Integration als Arbeits- und Wohnort ist eine übergeordnete Strategie. Das geht in die Raumplanung und Zielrichtung von Gestaltungs- und Bebauungsplänen rein. Es muss geprüft werden, ob man Arbeitsplätze und Wohnungen in den Entwicklungsgebieten möchte.

Seite 6: Massnahme 3

Erich Tschümperlin führt aus, dass der letzte Satz wie folgt lautet: *„..sowie die Entstehung auch von kostengünstigem Wohnraum und gemischten Nutzungen.“* Ihn interessiert, was der Gemeinderat konkret macht, um in Kriens kostengünstigen Wohnraum zu fördern.

Laut Matthias Senn sind einerseits die Desinvestitionen Bosmatt und Mühlerain geplant. Die Investorensmissionen werden offen gemacht. Der Gemeinderat kann sich aber in der Bosmatt vorstellen, dass mit einer Baugenossenschaft zusammengearbeitet wird. Dort sind andere Wohnungspreise möglich. Trotz allem möchte der Gemeinderat, die Erträge erzielen, welche für die Grundstücke eingesetzt wurden.

Seite 6: Massnahme 2

Räto Camenisch nimmt es wunder, welches Ei hier ins Nest gelegt wird. Es wird eine partizipative Quartierentwicklung bei Pilotquartieren mit Massnahmen ergriffen. Was ist hier geplant?

Matthias Senn erklärt, dass die Gemeinde ein Pilotprojekt von einer Quartierentwicklung machen möchte. Bei der Quartierentwicklung geht es um Siedlungsentwicklung, Strassenraumgestaltung, Freiräume und Treffpunkte. Das Pilotprojekt soll in einem Quartier gemacht werden, wo die soziale Durchmischung in den letzten Jahren gelitten hat. Es soll geschaut werden, dass die Durchmischung und die Aufenthaltsqualität wieder besser wird.

Räto Camenisch ist von der Antwort nicht befriedigt. Es wurde nicht gesagt, um welches Quartier es sich handelt und was man sich darunter genau vorstellt. Er ahnt schon, dass mit der Formulierung alles möglich ist. Woher wird das Geld für solche Veränderungen genommen? Wenn das ein Quartierverein von sich aus anstreben will, ist dem Sprechenden das egal. Aber er ist dagegen, dass die Gemeinde Projekte aufgleist, die viel Geld kosten. Wenn ein Quartier umgestaltet werden soll, soll der Gemeinderat einen B+A machen.

Seite 7: Massnahme 5

Christine Kaufmann-Wolf führt aus, dass es dort heisst, dass die Gemeindeliegenschaften energetisch vorbildhaft saniert werden. Wurden die Häuser auf den Bauernhöfen auch miteinbezogen?

Cyrell Wiget erklärt, dass für die landwirtschaftlichen Liegenschaften Platzhalter bei den Investitionen enthalten sind. Aber auch diese mussten nach hinten geschoben werden, weil es die Gesamtinvestitionsplanung nicht vertragen hat. Das Problem des Antrags der BiK ist, dass es eine Art Generationenvertrag ergibt. Der Gemeinderat versucht Investitionen ins Alter, Jugend und Freizeit zu machen. Dies kann aber nicht so schnell erfolgen. Der Gemeinderat braucht Zeit und das Wichtigste sind die Schulhäuser. Aber andere Sachen mussten aufgrund der

Schulhäuser zurückgeschoben werden. Der Gemeinderat probiert alles im Rahmen des Möglichen zu machen.

Seite 7: Massnahme 6

Unter dem letzten Punkt steht gemäss Judith Mathis-Wicki, dass die Gemeinde die Nachhaltigkeit, die lokale Erzeugung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten stärkt. Kann der Gemeinderat genauer sagen, was er sich darunter vorstellt?

Cyrill Wiget klärt auf, dass hier zwei Anliegen miteinander vermischt werden. Für die Naherholungsgebiete wurde sehr viel gemacht. Die Umwelt- und Naturschutzkommission ist in diesen Tätigkeiten aktiv, wie die Wald- und Forstwirtschaftlichen Angelegenheiten und die Teiche im Raum Krienseregg. Vor rund zwei Jahren wurde mit den Landwirten ein Projekt gemacht. Die Umwelt- und Naturschutzkommission ist jedoch in den Möglichkeiten eingeschränkt. In dieser Kommission sind auch die Landwirte vertreten. Dort wird dies oft diskutiert. Die Bauern sind ressourcenmässig am Anschlag. Sie haben nicht die Möglichkeit noch zusätzliche Investitionen im Rahmen der Förderung der hiesigen Produkte zu machen. Der Wunsch seitens Gemeinde ist aber da.

Seite 7: Massnahme 5

Christine Kaufmann-Wolf's Frage ist noch nicht beantwortet. Sie möchte wissen, ob man bei der Ausarbeitung der Planung an die Bauernhäuser gedacht hat oder nicht.

Cyrill Wiget teilt mit, dass die Platzhalter dafür in der Planung drin sind. Einige sind auch nach hinten gerutscht und sind deshalb nicht mehr ersichtlich. Die Bauernhäuser sind nicht vergessen gegangen. Hier muss auch die Priorisierung der Investitionen wieder angeschaut werden. Es liegt im Moment finanziell nicht drin, bei den Bauernhäusern etwas zu machen.

Seite 8: Massnahme 7

Gemäss Katja Staub steht, dass der Fussgänger- und Veloverkehr gefördert sowie das Wohnen unterstützt wird, welches nicht auf MIV angewiesen ist. Sie als Steuerzahlerin und Autofahrerin fühlt sich an den Rand gedrängt.

Seite 8: Massnahme 10

Räto Camenisch vermisst, dass man sich auch für den motorisierten Individualverkehr einsetzen möchte. Wenn man dies so liest, gibt es in Kriens bald nur noch Bus und Velo. Man weiss genau, dass der Oberdorfteil gleich wie der Unterdorfteil am Verkehr angeschlossen werden muss.

Für Kathrin Graber fehlt bei dieser Massnahme eine klare Aussage des Gemeinderates, dass die Bevölkerung über das Projekt und die Folgen informiert wird. Sie erwartet eine Stellungnahme des Gemeinderates.

Cyrill Wiget erklärt, dass man sehen muss, dass der Aktionsplan gerafft ist. In der Vernehmlassung wurde detailliert dargelegt, was der Gemeinderat vorhat. Man kann hier ja nicht die Vernehmlassung abdrucken. Dies ist eine Zusammenfassung, wie der Gemeinderat mit dem Thema Bypass umgehen will.

Kathrin Graber wurde falsch verstanden. Sie möchte keine Wiederholung der Vernehmlassung, sondern der Gemeinderat soll die Bevölkerung über das Projekt informieren. Er soll zeigen, dass er sich für dieses Projekt verantwortlich fühlt.

Cyrrill Wiget findet, dass die Information zu jeder Massnahme gehört, die hier drin steht. Es ist Pflicht und Auftrag des Gemeinderates bei allem was gemacht wird die Bevölkerung entsprechend zu informieren. Wie bei diesem Thema wurden noch nie so viele Stellungnahmen von Radio und Fernsehen eingeholt. Die Bevölkerung konnte sich in den Medien darüber informieren, was hier passiert. Sobald es wieder eine Neuigkeit gibt, wird der Gemeinderat seiner Informationspflicht nachkommen.

Seite 9: Ziel 11

Räto Camenisch findet das Ziel zögerlich. Er erwartet dazu folgendes: „Die Gemeinde Kriens nimmt mit allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln die Interessen auf regionaler, kantonaler und nationaler Ebene wahr.“ Er glaubt, dass der Gemeinderat noch nicht recht weiss, wie es dann gemacht wird.

Seite 9

Martin Heiz hat eine Anmerkung. Auf dieser Seite beginnen die Zahlen der Ziele und die Massnahmen auseinander zu scheren. Er möchte für das bessere Verständnis, dass das Ziel 10 eine Massnahme 10 ist. Wenn zu diesem Ziel zwei Massnahmen kreiert werden, soll dies mit a und b nummeriert werden. Man kann es einfach nicht zuordnen. Martin Heiz macht beliebt, dass dies nächstes Jahr angepasst wird.

Bemerkungsantrag BiK zu Seite 11: Massnahme 19

Gemäss Davide Piras ist die BiK der Meinung, dass nur in denjenigen Schulanlagen neue Horte vorzusehen sind, wo der Bedarf ausgewiesen ist und keine Verschiebung in einen anderen Hort möglich ist. Die BiK unterstützt das Vorgehen bei Sanierungen, dass die überarbeitete Schulraumplanung miteinbezogen werden soll. Die BiK lehnt jedoch entschieden ab, dass Horte auf Vorrat gebaut werden.

Cyrrill Wiget führt aus, dass dies den Gemeinderat etwas irritiert hat. Der Gemeinderat hat immer nur bedarfsorientiert operiert. Manchmal war man recht knapp mit der Anzahl der Hortplätze. Jeder Hort, welcher eröffnet wurde, war im zweiten Betriebsjahr voll. Man war froh darüber, dass der gemeinnützige Frauenverein in der Lage war, die Horte so schnell einzurichten. Bisher gab es noch keine Einsprache zu einem Hort. Bei den Investitionen ist der Gemeinderat der Auffassung, dass er voraus denken muss. Wenn Schulhausanlagen saniert werden, muss dies rechtzeitig angedacht werden. Der Gemeinderat verschliesst sich auch nicht vor den Ideen von mobilen Horten. Es gibt Lösungen, die energietechnisch funktionieren. Der Sprechende kann sich vorstellen, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn man diese Frage in der USK gestellt hätte. Dort war Thomas Kost, Leiter Familienbetreuung, anwesend. Der Gemeinderat war der Ansicht was nicht Schule ist, ist Freizeit und betrifft somit die USK. Der Gemeinderat hat kein Problem mit dieser Bemerkung. Es wurde bisher schon immer so gemacht.

Abstimmung über Bemerkungsantrag BiK (Horte):

Der Antrag wird mit 27:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen Stimmen angenommen

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	Enthaltung
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	Enthaltung
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Seite 13: Ziel 23

Verena Wicki Roth bedankt sich, dass dieses Ziel aufgenommen wurde und man sich an wertvollen Benchmark-Beispielen orientiert. Das Thema „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ ist mit den baulichen Veränderungen ein wichtiger Prozess für Kriens.

Seite 15: Massnahme 31

Kathrin Graber führt aus, dass unter dieser Massnahme steht, dass die Gemeinde die Aktivitäten des Gewerbeverbandes für ein Handwerkerzentrum unterstützt. Man hat nun gehört, dass dieses Projekt nicht im Kupferhammer realisiert wird. Sie möchte wissen was der aktuelle Stand ist und die konkreten Pläne sind.

Gemäss Matthias Senn wird man eine detaillierte Antwort mit den Beantwortungen der Interpellationen Schwizer und Tschümperlin erhalten. Bei der Langsägestrasse hat ein anderer Gewerbebetrieb eine Unterkunft gefunden. Als nächstes wird mit dem Gewerbeverband das Gebäude Wyssmatt angeschaut, wo die Glaserei Reinhard zurzeit noch drin ist. Es wird geschaut, dass dort Gewerbebetriebe gemeinsame Infrastrukturen nutzen können.

Seite 17: Massnahme 38

Laut Tomas Kobj strebt die Gemeinde zur Erfüllung der finanzpolitischen Ziele Strukturanpassungen bei den Heimen Kriens an. Der Sprechende versteht nicht den Verweis auf Massnahme 12 und kann nicht nachvollziehen, was damit gemeint ist.

Lothar Sidler erklärt, dass der Verweis auf Massnahme 15 sein müsste. Darunter sieht man, dass auch wieder Strukturanpassungen erwähnt werden.

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 17: Ziel 32

Laut Räto Camenisch beantragt die SVP-Fraktion folgendes: *Der finanzielle „break-even“ soll bereits in der Planungsperiode 2016/2017, ohne Steuererhöhung, erfolgen. Es soll ganz bewusst auf die vierte Säule losgegangen und dazu ein Paket erarbeitet werden. Man hat nun gesehen, welche Aufgaben und Investitionen vor der Gemeinde liegen. Die Auslegeordnung wurde in Auftrag gegeben und es muss geschaut werden, dass bei den laufenden Aufgaben nicht mehr ausgegeben wird, als die Gemeinde einnimmt. Das Ziel 32 soll wie folgt umgeschrieben werden: „Die Gemeinde erreicht ein Budget ohne Defizit mittels eines gemeinderätlichen Massnahmenkatalogs in Bezug auf Leistungen und Strukturen (wenn nötig auch mit Vorschlägen zur zielführenden Gesetzesänderung), ohne Steuererhöhung bereits auf die Planperiode 2016/2017.“*

Gemäss Roger Erni haben die Mitglieder der FGK den Bemerkungsantrag mit 5:2 Stimmen abgelehnt. Die eine Thematik war, dass der Gemeinderat unterstützt werden soll. Die anderen sagten, dem Gemeinderat soll etwas in die Hand gegeben werden, um den Druck zu erhöhen.

Judith Mathis-Wicki führt aus, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Antrag ablehnt. Es ist unseriös ohne fundierte Grundlagen nun einfach schnell von der langfristigen Strategie des Gemeinderates abzuweichen. Der Finanzplan zeigt die Entwicklung klar auf. Kriens kann kaum die gleiche Strategie fahren, wie der Kanton mit seinem „Leistungs- und Strukturen-Paket“. Im Gegensatz zum Kanton kann die Gemeinde ihre Kosten nicht einfach weitergeben und es würde zu unseriösen und unverantwortlichen Kürzungen kommen, die grösseren Schaden anrichten würden. Der Gemeinderat zeigt klar auf, dass auf 2019 wieder ein Mittelüberschuss realisierbar wird. Dahinter steht die CVP/JCVP/GLP-Fraktion und lehnt den Antrag ab.

Roger Erni, FDP-Fraktion, findet, dass die Kosten sehr wohl weitergegeben werden können. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der SVP-Fraktion. Die SVP-Fraktion wird den Finanzplan nur ablehnen, wenn dieser Antrag nicht unterstützt wird, aber die FDP-Fraktion wird den Finanzplan so oder so ablehnen. Bei den Leistungen und Strukturen ist beim Kanton das selbe passiert. Man erwartet vom Gemeinderat, dass er dort ansetzt.

Die Grüne/JG-Fraktion lehnt laut Erich Tschümperlin den Antrag ab. Für sie ist es klar, dass Steuern gesenkt wurden. Die Liegenschaftssteuer wurde abgeschafft. Die Konsequenz daraus ist, dass der break-even erst ein Jahr später erreicht wird. Die Forderung dazu, dass er ein Jahr früher erreicht wird, ist sehr sportlich. Wenn es so einfach wäre, wäre der Gemeinderat unseriös gewesen, wenn er es nicht bereits schon gemacht hätte. Sämtliche Posten der Verwaltung wurden bereits durchgegangen. Der Sprechende weiss nicht, ob die Gesetzesänderungen auf Gemeindeebene gemacht werden können. Diese wären bis ins Jahr 2017 so-

wieso nicht vollzogen. Die Gemeinde hat ein Konzept und man soll sich nun daran halten. Nächstes Jahr kann wieder eine Standortbestimmung gemacht werden.

Laut Peter Fässler ist die Haltung der SP/JUSO-Fraktion klar. Dies bedeutet einen massiven Leistungsabbau, wenn die 1.3 Mio. Franken eingespart werden sollen. Dafür ist sie nicht zu haben. Wegen Leistung und Strukturen ist einerseits ein grosses Sparpaket aber andererseits auch eine Steuererhöhung vorhanden. Diese wird allerdings, wie man lesen konnte, von der FDP abgelehnt. Wenn die Leistungen und Strukturen in Kriens kommen, müsste man aber auch schauen, wo man noch Geld reinholen kann. Deshalb ist die SP/JUSO-Fraktion klar gegen den Antrag.

Pascal Meyer möchte gerne wissen, ob der Gemeinderat eine Aussage zu den Folgen machen kann, wenn man den Antrag annimmt.

Paul Winiker erklärt, dass wenn es früher möglich wäre, hätte der Gemeinderat dies im Plan aufgenommen. Im Jahr 2010 wurde die Auslegeordnung der Entlastungsmassnahmen und im 2012 der Planungsbericht finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde gemacht. Der Gemeinderat möchte genau nach diesem Plan die Gesundheit herbeiführen. Es gibt Chancen und Risiken. Es kann nicht garantiert werden, dass im nächsten oder übernächsten Jahr wieder ein Entlastungsprogramm gemacht werden muss. Jeder Frühling wird eine Lagebeurteilung im Hinblick auf die Erarbeitung des neuen Plans gemacht. Der Gemeinderat hofft, dass es nicht notwendig ist. Die Konsequenz wäre, dass sämtliche Leistungen überprüft und die freiwilligen Leistungen hinterfragt werden müssen. Die freiwilligen Leistungen betragen lediglich 6 Mio. Franken von einem Gesamtbudget von 170 Mio. Franken. Die anderen sind vor allem gesetzliche Leistungen und dort ist es schwierig Korrekturen vorzunehmen. Die eigenen Strukturen und die gesamte Verwaltung werden in Hinblick auf den Einzug ins neue Verwaltungsgebäude überprüft. Momentan folgt der Gemeinderat dem Planungsbericht aus dem Jahr 2012 mit dem der break-even ein Jahr später erreicht wird. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Bemerkung abzulehnen ist.

Abstimmung über Bemerkung SVP (Erreichung break-even 2016/2017):
Der Antrag wird mit 17:12 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	Enthaltung

Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schwizer, Roland	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Seite 22: Investitionsplanung

Kathrin Graber ist es ähnlich ergangen wie Erich Tschümperlin. Hier wurde der Satz aufgenommen, dass gegenüber der vorjährigen Investitionsplanung bei einigen Projekten zeitliche Verschiebungen vorgenommen wurden. Sie empfiehlt, dass wenn dies nächstes Jahr wieder gemacht wird, es transparent aufgezeigt wird. Sie möchte nicht immer die Planungen vergleichen.

Seite 28: Gesamtprojekt Sportanlagen Kleinfeld

Gemäss Pascal Meyer ist in der USK die Ausführung zu der Sportanlage Kleinfeld noch ausstehend. Dies wurde in der Sitzung noch nicht geklärt.

Cyrrill Wiget führt aus, dass es dort um verschiedene Sachen geht. Zum einen hat man die Stehrampe immer wieder verschoben, weil noch nicht klar ist, was mit dem Fussballfeld passiert. In dieser Position sind auch noch Kleingeräte enthalten, die zu alt sind, um repariert zu werden.

Erich Tschümperlin möchte das gleiche wie Kathrin Graber beliebt machen, dass wenn man Verschiebungen in Millionenhöhe hat, hier auch erwähnt wird, was geändert hat. Der Sprechende hat heute immer wieder gehört, das und jenes hat Priorität. Er möchte wissen, ob bei den grossen Brocken, wie den Schulhäusern, eine zusätzliche Spalte über die Priorität aufgeführt werden kann. So sieht man was zuerst kommt, da jeder eine andere Prioritätenliste im Kopf hat.

Bemerkungsantrag BiK zu Seite 28: Gesamtsanierung Brunnmatt

Die BiK möchte gemäss Hans Fluder, dass die Gesamtsanierung Brunnmatt in die Liste der Investitionsvorhaben 2016 - 2020 aufzunehmen ist. Es hat eine Priorisierung der anstehenden Schulhaussanierungen zu Gunsten der Schulanlage Brunnmatt stattzufinden.

Das Schulhaus Brunnmatt ist über 60 Jahre alt. Die letzte Sanierung fand 1985, also bereits vor 30 Jahren statt. Das Gebäude ist in einem sehr schlechten Zustand. Damit der Gemeinde Kriens keine zweite SOS-Massnahme, wie im Schulhaus Gabeldingen aufgezwungen wird, muss diese Sanierung dringend angegangen werden. Für die Schulraumplanung ist dieses Schulhaus von wichtiger Bedeutung.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass vorhin eine Motion zu diesem Thema überwiesen wurde. Er findet es gut, dass diese Bemerkung gemacht wird. Er möchte aber darauf hinweisen, dass damit die Investitionsplanung zur Makulatur wird. Wenn man annimmt, dass das Schulhaus Brunnmatt 7 Mio. Franken mehr kostet als ausgewiesen und gesamthaft 4.15 Mio. Franken

geplant sind, müssten damit 7-8 Mio. Franken herausgestrichen werden, damit das Investitionsvolumen stimmt. Damit das Investitionsvolumen stimmt. Am Schluss wird man über den Finanz- und Aufgabenplan zustimmen, das Brunnmatt muss hineinbezogen werden und dann fliegt entsprechend viel raus. Er nimmt nicht an, dass das Investitionsvolumen um zusätzliche 7-8 Mio. Franken erhöht wird.

Gemäss Davide Piras möchte die BiK nur konsequent sein. Es wurde eine Motion eingereicht und jetzt kommt eine Bemerkung dazu. Bei der Bemerkung geht es um die Planung für die Jahre 2016 – 2020 und nicht schon für nächstes Jahr. Da es eine rollende Planung ist, geht diese auch auf.

Paul Winiker führt aus, dass der Gemeinderat die Priorisierung vornimmt. Es braucht drei Voraussetzungen. Es muss eine Priorität da sein, dann muss es geplant und noch realisiert werden. Es ist auch eine Geld und Ressourcenfrage. Die Glaubwürdigkeit steht im Zusammenhang mit der Zentrumsüberbauung, dass die Verschuldung in kleinen Schritten wieder zurückgeführt wird. Der Gemeinderat hat sich dort auch einen Plafonds auferlegt, welcher letztes Jahr schon aufgezeigt wurde. Es ist richtig, dass der Plafonds nicht eingehalten werden kann, wenn man wieder einen Betrag von 7 Mio. Franken hineinnimmt. Dann müsste man konsequenterweise etwas von 7 Mio. in der Prioritätenliste nach hinten setzen. Der Gemeinderat ist bereit in einer Mehrjahresplanung die Investitionen auf Stufe BK aufzuzeigen. Aber Paul Winiker ist der Meinung, dass der Gemeinderat eine Priorisierung macht. Der Finanzplan entspricht der Priorisierung und alles andere muss allenfalls konzeptionell noch entschieden oder hinausgeschoben werden. Es ist eine politische Frage, dass der Plafonds eingehalten wird und die Schulden wieder zurückgeführt werden. Für den Gemeinderat ist dies wichtig. Die Zentrumsüberbauung geht weit über die Finanzierungsfähigkeit hinaus, wo man aber nachher wieder zum Normalen zurückkommt. Es soll auch aufgezeigt werden, dass es irgendwo auch wieder einen Normalbetrieb geben muss.

Laut Christine Kaufmann-Wolf geht es immer noch um den Antrag der BiK. Die BiK möchte beliebt machen, dass das Schulhaus Brunnmatt ab 2016 – 2020 wieder in der Planung erscheint. Die Motion wurde erfolgreich überwiesen. Es heisst nicht, dass dies sofort umgesetzt werden muss. Es soll einfach festgehalten und ersichtlich sein.

Judith Luthiger-Senn hat bei der Behandlung der Motion klar gesagt, dass das Baudepartement im November die verschiedensten Projekte gegenüber stellt und dem Gemeinderat vorstellt, damit ein strategischer Entscheid gefällt werden kann. Das Schulhaus Brunnmatt muss sehr wohl saniert werden. Der Gemeinderat möchte nicht ein zweites Gabeldingen. Es wird in die Finanzplanung 2016 wieder aufgenommen.

Bruno Bienz versteht die BiK nicht genau. Die dringliche Motion wurde überwiesen. Dort steht, dass die Gesamtsanierung Schulhaus Brunnmatt wieder in die Aufgaben- und Finanzplanung 2015-2019 aufgenommen werden soll. Die Sache ist doch nun gegessen, diese Bemerkung muss nicht auch noch hineingenommen werden. Er sieht das Problem nicht. Wenn eine Bemerkung überwiesen werden soll, dann jener der BK.

Martin Heiz kann sich daran erinnern, dass er mal einen Antrag der BK zurückgezogen hat. Dann hat Bruno Bienz gesagt, dass er dies nicht machen dürfe, er braucht einen Kommissionsbeschluss. Der Sachverhalt ist nun derselbe. Wenn jemand etwas zurückziehen möchte,

braucht es einen Kommissionsbeschluss. Er hat auch noch nicht gehört, dass der Antrag zurückgezogen wird. Für ihn ist es mit der Motion auch klar. Martin Heiz kommt nun noch zu der Priorisierung. Im Dezember wird der Baukredit Kirchbühl behandelt. Nach Finanzplan beträgt dies 17-18 Mio. Franken. Er nimmt deshalb an, dass es eine Volksabstimmung geben wird. Die Priorisierung wurde also schon lange gemacht. Im Frühling wird dann die Volksabstimmung stattfinden. Der Gemeinderat kann dann nicht sagen, dass dies um weitere drei Jahre nach hinten geschoben wird. Beim Kirchbühl ist man nun schon weiter, was beim Brunnmatt noch nicht der Fall ist. Die grössten Brocken sind klar geregelt. Zuerst das Kirchbühl und dann das Schulhaus Brunnmatt.

Enrico Ercolani meint, dass das Brunnmatt nicht mit dem Gabeldingen vergleichbar ist. Das Schulhaus Gabeldingen hatte Holzdecken. Der Sprechende besuchte das Schulhaus Brunnmatt ab Eröffnung und dort wurde hervorragend gebaut. Angst haben kann nicht das Thema sein. Trotzdem ist er überzeugt, dass etwas gemacht werden muss.

Judith Luthiger-Senn ergänzt, dass die Heizung sehr alt ist. Wenn diese aussteigt, kann keine Heizungssanierung vorgenommen werden, sondern es muss eine Gesamtsanierung gemacht werden. Man weiss jetzt schon, dass man mit der Heizung auch die Umgebung heizt.

Kathrin Graber findet die Aufregung in diesem Saal unverhältnismässig. Vorher wurde die Motion überwiesen. Dies war eine klare Meinungskundgabe. Der Gemeinderat hat es auch nochmals gesagt. Die Bemerkung kann man problemlos auch nochmal überweisen, weil es konsequent ist und identisch mit dem was man vorher schon beschlossen hat. Es passiert nicht mehr und nicht weniger. Die Bemerkung ist unverbindlich. Die Diskussion hätte man bei der Motion führen müssen. So sollte man die beiden Anträge von der BiK und der BK durchwinken.

Abstimmung über Bemerkung BiK (Aufnahme Gesamtsanierung Brunnmatt in Planung):

Der Antrag wird mit 22:1 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	Enthaltung
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	Enthaltung
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	Enthaltung
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja

Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Bemerkungsantrag BK zu Seite 28: Gesamtsanierung Brunnmatt

Die BK beantragt folgendes: *Der Gemeinderat soll im Rahmen der nächsten Finanzplanung klar Stellung nehmen zu Umfang, Konzept und Finanzierung der Gesamtsanierung Brunnmatt.*

Gemäss Martin Heiz sind die Mitglieder der BK über den baulichen Zustand des Brunnmattschulhauses sehr besorgt. Sie erwarten vom Gemeinderat, dass im nächsten Finanzplan wieder Aussagen drin sind, wie es mit diesem Schulhaus weiter geht.

Abstimmung über Bemerkung BK (Stellungnahme Gesamtsanierung Brunnmatt):

Der Antrag wird mit 29:0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Seite 29 Spezialfinanzierungen

Die USK hat gemäss Pascal Meyer eine Frage zu den Spezialfinanzierungen bezüglich Bade-park. Dort sind Fr. 200'000.00 im Jahr 2016 als Platzhalter geplant. Er möchte wissen für was dies ist oder ob es ein Notfallkredit ist.

Cyrill Wiget erklärt, dass es kein Notfallkredit ist. Der Gemeinderat möchte ein ähnliches Kon-zept wie früher haben, als man gesagt hat, dass man bereit sein muss, die Attraktivität beizu-behalten. Es sollen auch von Zeit zu Zeit Attraktionen gemacht werden. Von Seite des Badi-teams möchte man allenfalls wieder eine Rutschbahn installieren. Dies wurde aber im Ge-meinderat noch nicht behandelt und ist auch noch gar nicht kreditiert. Es ist der Wunsch des Einwohnerrates, dass alles angezeigt wird, was man allenfalls realisieren möchte. Eventuell fällt dies dann auch wieder heraus.

Gemäss Peter Portmann beantragt der Gemeinderat den B+A Politische Gesamtplanung Kri-ens mit Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 Nr. 135/14 zu genehmigen

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Politische Gesamtplanung mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 2019 wird genehmigt.*
2. *Spätere Abweichungen gemäss Beschlüssen des Einwohnerrates bleiben vorbehalten.*
3. *Folgende Bemerkungen werden überwiesen:*
 - 3.1. *Es sind nur in denjenigen Schulanlage Horte vorzusehen, wo der Bedarf ausgewie-sen ist und eine Verschiebung in einen anderen Hort nicht möglich ist.*
 - 3.2. *Die Gesamtsanierung Brunnmatt ist in die Planungsperiode 2016 – 2020 aufzu-nehmen. Es hat eine Priorisierung der anstehenden Schulhaussanierungen zu Gunsten der Schulanlage Brunnmatt stattzufinden.*
 - 3.3. *Der Gemeinderat soll im Rahmen der nächsten Finanzplanung klar Stellung neh-men zu Umfang, Konzept und Finanzierung der Gesamtsanierung Brunnmatt.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 135/14:

Der Beschlussestext wird mit 16:14 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein

Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

4. Bericht und Antrag: Voranschlag 2015

Nr. 133/14

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Bericht Postulat Tanner: Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens** Nr. 280/11
- **Bericht Postulat B. Bienz: Weisung für die Beschaffung und Einkauf von Gütern und Dienstleistungen für die Gemeinde Kriens zum zweiten** Nr. 097/14

Die FGK hat gemäss Roger Erni vom Finanzdepartement viele Informationen erhalten. Sie bedankt sich bei Beat Fallegger, für die sehr kompetente und produktive Zusammenarbeit. Paul Winiker hat der FGK mittels eines Foliensatzes die finanziellen Inputs zum Budget 2015 überbracht. In der Sitzung waren auch alle anderen Gemeinderäte anwesend und haben die Fragen transparent und offen beantwortet. Die Stimmung in der Kommission war gedämpft bis kritisch. Vor allem das Budgetdefizit von über 3 Mio. Franken macht keine Freude. Das Budget ist keine Überraschung, weder im Guten noch im Schlechten. Nach den Eintretensvoten der Fraktionen war klar, dass man einem Rückweisungsantrag entgegen sieht. Dieser wurde in der FGK mit 6:1 abgelehnt und es wurde auf das Budget eingetreten. Vieles was schon im Finanzplan diskutiert wurde, kam nochmals aufs Tapet. Wichtig ist, dass der Wachstumsprozess der Gemeinde gestützt und akzeptiert wird. Die Strategie des Gemeinderates wird grossmehrheitlich mitgetragen. Paul Winiker versprach, dass im nächsten Frühjahr, wie jedes Jahr, eine Überprüfung vorgenommen wird. Die FGK wartet darauf und wird ihre Aufgaben versuchen wahrzunehmen. In der Detailberatung waren die Heime, das Sozialwesen, die Kitas, der Regionalverkehr, die Privatstrassen, die Weisungen zur Beschaffung und GICT Themen. Zu GICT hat die FGK wertvolle, aktuelle Informationen von Paul Winiker über das Fortgehen der neuen Organisation erhalten. Auch wird man bei diesem Thema am Ball bleiben. In der Schlussabstimmung wurde dem Voranschlag mit 4:1 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Die BiK hat sich laut Christine Kaufmann-Wolf einstimmig für das Eintreten auf diesen B+A ausgesprochen. Der Bildungsteil ist mit über 32 Mio. Franken wiederum einer der grössten Budget-Brocken. Der Nettoaufwand der Bildung macht rund 38 % des Voranschlages 2015 aus. Obwohl es sich hier um einen der grössten Teile des Budgets handelt, sind die meisten Budgetposten von Seiten des Kantons vorgegeben und der eigentliche freie Spielraum ist damit sehr eingengt. Im Voranschlag 2015 wird im Bildungsteil eine Zunahme von rund Fr. 850'000.00 budgetiert. Das entspricht einer Steigerung von 2.7 %. Zu beachten ist, dass durch die Einführung der IT-Vollkosten und der schul- und familienergänzenden Betreuung sich der Aufwand im Bildungsbereich erhöht hat. Mittels Handouts konnte der BiK die grössten

Veränderungen erklärt und aufgezeigt werden. Die Kosten-Zunahmen gleisen sich wie folgt auf:

- Die IT-Vollkosten betragen Fr. 630'700 Diese beinhalten Fr. 1'000.00 pro Arbeitsplatz. Darin enthalten sind Hardware, Informatik-Lizenzen und Dienstleistungen, welche zum Erbringen und übermitteln des Services bis zum Kunden nötig sind.
- Die Umsetzung der Einführung des 2. Kindergartenjahrs, wie auch die Einführung der Integrativen Förderung werden weiterhin planmässig umgesetzt. Im Schuljahr 2015/2016 werden drei weitere Kindergärten eröffnet. Einer davon ist für den 2-Jahres-Kindergarten. Mit der Einführung der IF im 9. Schuljahr wird diese Umsetzung per Ende Schuljahr 2015/2016 abgeschlossen sein.
- Aufgrund kantonaler Vorschriften mussten verschiedene Stundenanpassungen vorgenommen und erhöht werden. Es handelt sich um:
 - Deutsch als Zweitsprache DAZ, Annäherung an die kant. Vorgaben Fr. 162'500.00
 - SEK: Höhere IF-Pensum aufgrund Umsetzung IF auf SEK Fr. 325'700.00
 - Bei den Schulleitungen Anpassung der Pensen gemäss Forderung des Kantons Fr. 178'700.00
 Gesamthaft entsprechen diese Stundenanpassungen Fr. 666'900.00
- In der Schulsozialarbeit wurden mehr Pensen budgetiert. Diese Anpassung steht im Zusammenhang mit dem neuen Familienklassenzimmer auf SEK-Stufe. Diese Einführung ist anstelle der Entschädigung für die Time out Klasse in Ebikon. Der eingesparte Beitrag für die Time-out Klasse wurde im Konto 213.00.352.00 unter „Entschädigung an andere Gemeinden“ berücksichtigt.
- Schul- und Familienergänzende Tagesstrukturen (Ausbau Mittagstischangebot) Fr. 32'000.00
- Integrative Sonderschule: Mehr Verfügungen in den Regelklassen Fr. 84'000.00

Die Kostenabnahmen sind wie folgt:

- Lohnmassnahmen nur 0.3 % statt 1.5 % Fr. 300'000.00
- SEK: Reduktion einer Werkklasse (2. Sek D wurde in die Sek C integriert) dafür IF Einführung Fr. 154'800.00
- Sek: Mutationsgewinn bei Lehrpersonen Pensionierungen Fr. 35'000.00
- Wegfall Sanierungsbeiträge von 1 % an die LUPK
Luzerner Pensionskasse des Kanton Luzern für die Lehrer): Fr. 200'000.00
Sollte der Deckungsgrad der LUPK bis 30.6.2015 unter 100 % fallen, müsste für das Budget 2016 wiederum Sanierungsmassnahmen eingerechnet werden.

Anlässlich der September BiK-Sitzung hat die Kommission Aufträge zwecks Aufarbeitung und Präsentation von offenen Fragen erteilt. Diese Aufträge wurden an der Voranschlagsdebatte präsentiert. Hier handelt es sich um:

- Erläuterung von Leistung und Strukturen der kantonalen Spareinwirkungen und den möglichen Auswirkungen für die VSK Kriens
- Vergleich der durchschnittlichen Klassengrössen mit Gemeinden in der Agglomeration LU
- Vertragserneuerung Kippel: Stand, Alternative
- Die möglichen Auswirkungen von Leistungen und Strukturen auf die Volksschule Kriens konnten der BiK erklärt werden. Diese Beschlüsse sind jedoch Sache des Kantonsrates.
- Die Entwicklung der Schülerzahlen ist im 2014/2015 auf dem Tiefstand von 2'473 und steigt sich bereits ab dem Jahr 2015/2016 wieder nach oben. Dieser leichte Anstieg hängt vor allem mit dem 2-Jahreskindergarten zusammen. Der Bauboom wird sich erst später auswirken.

- Die Anzahl der Abteilungen bleiben gemäss Budget für 2014/2015 und 2015/2016 konstant bei 136 Klassen. Hier ist zu berücksichtigen, dass im August jeweils das neue Schuljahr beginnt und daher sich die Anzahl Klassen in der Jahresmitte verändern können.
- Gemäss Leistungsauftrag werden die Klassengrössen eingehalten.
- Bei der Musikschule haben die Anzahl der Fachbelegungen leicht abgenommen. Einerseits hat die Schülerzahl abgenommen, andererseits hat man auch weniger Kantischüler, welche an der Musikschule ein Instrument erlernen. Die logische Folgerung für die Musikschule sind; weniger Schüler, weniger Einnahmen, tiefere kantonale Unterstützungsbeiträge.
- Beim Lehrkörper der Musikschule wurden die Kleinstpensen abgebaut. Aktuell sind noch 58 Lehrpersonen anstelle von einst 72, welche an der Musikschule tätig sind.

In der Detailberatung wurden von Seiten der BiK viele Fragen gestellt. Diese konnten alle sehr zufriedenstellend beantwortet werden. Die Mitglieder der BiK finden, dass die Leitung der Bildung sich den finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Kriens bewusst ist und diese bei der Planung, Organisation und der täglichen Arbeit berücksichtigt werden. Das Fazit der BiK ist, dass die Volksschule Kriens wiederum sehr verantwortungsvoll und kostenbewusst arbeitet und budgetiert. Hierzu spricht die BiK einen grossen Dank an die Verantwortlichen aus, welche sich sehr für die VSK einsetzen. Und dennoch wird der Voranschlag 2015 durch eine Mehrheit der BiK mit 4:3 Stimmen abgelehnt. Die ablehnende Haltung ist nicht auf den eigentlichen Bildungsteil zu beziehen. Sondern man lehne konsequenterweise den ganzen Voranschlag 2015 ab, aufgrund der zusätzlichen Verschuldung aus dem Konsumaufwand und weil der Freizeitpark Langmatt bekämpft wird.

Gemäss Pascal Meyer wurde in der USK je nach politischem Couleur die Einnahme- bzw. die Ausgabeseite kritisiert. Alles in allem kann man aber festhalten, dass die USK mit dem Budget ihrer Konten einverstanden ist. Anpassungen kommen zum Kompromiss mit dem Restaurant Parkbad Die USK stimmt dem Voranschlag mit 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Martin Heiz führt aus, dass das Eintreten in der BK unbestritten war. Auch hier hat die BK sich nur mit den baurelevanten Konten befasst. Mehrheitlich war man mit dem gesamten Voranschlag 2015 aber nicht zufrieden. Auch hier gab es einige Fragen zu gewissen Themen wie:

- Wie ist der Planungsstand des alten Pilatusmarktes?
- Warum der Wegfall Partei- und Fraktionsentschädigung noch drin ist?
- Warum plötzlich ein Kita weniger drin ist?
- Warum die Heizung Feldmühleschulhaus nicht mehr mit dem neuen Gebäude Eichenspes zusammen ist?
- Ist in Bezug auf die Parkbad Investitionen die Sportcard auch im Krauer-Schwimmbad gültig?
- Ist die Kugelfangsanierung Schiessanlage Stalden noch nicht ausgeführt?

Die BK sagt einstimmig Ja zu den baurelevanten Konten.

Laut Bruno Bienz war auch beim Voranschlag 2015 das Eintreten in der SGK unbestritten. Erfreut über das Papier war und ist niemand. Denn ein budgetiertes Defizit von 3.24 Mio. Franken und kein Eigenkapital mehr, kann nicht erfreulich sein. Es wurden die Ausführungen zum Bereich Gesundheit und soziale Wohlfahrt als aussagekräftig taxiert und diese ersparen einige Fragen in der Detailberatung. Der Sprechende möchte dem Verfasser des Voranschlags ein Kompliment machen. Es wurde auch festgestellt, dass die Beiträge an die Sozialversicherungen nur im geringen Mass durch die Gemeinde beeinflussbar sind. Erfreulich ist für die SGK die Installation der KIG. Ob diese den Erwartungen gerecht werden kann, wird sich in

der nächsten Zeit zeigen. Nachdenklich stimmte es die Mitglieder der SGK, das zwei Drittel aller Personen die mit WSH unterstützt werden, über Einnahmen aus Renten oder Erwerbseinkommen verfügen. Als Fazit kann gesagt werden, dass verschiedene Faktoren, die das Budget das nächste Jahr beeinflussen können, noch unsicher sind. So sind die Auswirkungen der Revision der Pflegefinanzierung und der Sozialhilfe noch offen. In der Detailberatung wurden die Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen mit vielen Fragen konfrontiert. Im Bereich Spitex gibt es nach Abnahme der Kosten im 2013 jetzt wieder eine Wachstumsphase. 8 % in der Pflege und 6 % in der Hauswirtschaft. Das heisst aber nicht, dass die Gemeinde mehr finanzieren muss. Die Einsatzzahl nimmt zu und die Stunden nehmen ab. Herausforderungen bei der Spitex im 2015 ist auch der Wechsel in der Geschäftsleitung und Strukturumstellungen. Beim Personal kommt sie unter Druck, da Luzern in der Leistungsvereinbarung fünf Wochen Ferien anbietet und Kriens nur vier. Zur Sozialabteilung wurde von einem Mitglied festgestellt, dass die Sozialhilfequote von Kriens, nächstens Emmen überholen wird. Diese Feststellung wurde folgend beantwortet. Die Sozialhilfequote muss in Verhältnis zur Einwohnerzahl gestellt werden. Es kann nicht einfach ins Verhältnis mit Emmen gesetzt werden. Grundsätzlich muss immer der Nettoaufwand angeschaut werden. Wenn sich das 4. Quartal 2014 gleich entwickelt wie die ersten drei Quartale 2014 wird das Ergebnis zufriedenstellend sein. Die Deckungsquoten sind in Kriens relativ hoch. Das bedeutet, dass Kriens viele Klienten hat, die ein Einkommen haben, aber noch eine Restunterstützung brauchen. Oder die Renten reichen nicht aus, um die Heimkosten zu decken. Kriens hat zurzeit 77 Dossiers von Heimbewohnern. Die neu eingeführte Controllingstelle bewährt sich bestens. Sie ist sehr gut strukturiert. Auch die Leistungsvereinbarung Sozialinspektor wurde neu mit Fr. 16'000.00 inkl. Spesen abgeschlossen. Es ist standardisiert, wie bei Verdacht auf Missbrauch vorzugehen ist. Aufgrund dessen, wird der Sozialinspektor eingeschaltet. Die KESB Kriens-Schwarzenberg steht zusammen mit der KESB Emmen im Vergleich mit allen anderen KESB im Kanton Luzern äusserst schlank da. Der SGK war seit dem Start der KESB klar, dass die Personaldecke bewusst sehr dünn gehalten worden ist. Aufgrund der Zahlen und Fakten muss das Personal jetzt aufgestockt werden. Die 70 Stellenprozente sollen zu 50 % in Fachdienst Revisorat und 20 % im Fachdienst Recht verteilt werden. Die Hochrechnung für das Jahr 2014 ergibt rund 1'110 Verfahren sowie 646 Entscheide. Auch hier wurden viele Detailfragen gestellt und auch beantwortet. An dieser Stelle bedankt sich die SGK bei allen Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen herzlich für die Zeit und die kompetenten Auskünfte. Der Voranschlag 2015 wird in den SGK relevanten Konten mit 3 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Judith Mathis-Wicki dankt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat, Beat Fallegger und seinem ganzen Team für das seriös ausgearbeitete Budget. Es steckt sehr viel Arbeit dahinter. Das Budget 2015 sieht alles andere als rosig aus. Mit einem prognostizierten Mehraufwand von 3.24 Mio. Franken liegt das Defizit deutlich höher als erwartet. Das Licht am finanzpolitischen Horizont Richtung positives Ergebnis verschiebt sich um ein weiteres Jahr. Erst 2019 wird laut Finanzplan ein Mittelüberschuss prognostiziert. Umso mehr gilt es jetzt, nicht in ein negatives Gejammer auszubrechen, sondern die eingeschlagene Strategie, nämlich das Viersäulen-Prinzip des Gemeinderates, konsequent weiter zu führen. Kriens muss als Gemeinde noch attraktiver werden. Kriens hat durchaus Potential, das es zu nutzen gilt. Die wertvollen Entwicklungsgebiete gilt es nun sehr sorgfältig und hochwertig zu planen, um dann auch von den entsprechenden Steuereinnahmen profitieren zu können. Denn es ist bitter, wenn die budgetierten Steuereinnahmen nicht fliessen und im 2014 nach unten korrigiert werden müssen. Darum findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion auch das mit 4.5 % vorgesehene Steuerwachstum eher sehr optimistisch. Ein Strich durch die Rechnung bei den geplanten Einnahmen wurde der Gemeinde durch die Abschaffung der Liegenschaftssteuer gemacht. Der Gemeinderat erwähnt im Bericht und Antrag auf der Einnahmeseite die konsequente Gebührenverrechnung. Wichtig erscheint, dass die Gebühren auch fristgerecht eingefordert werden. Es sind oft viele kleine Details, die zu erheblichem Erfolg und zu bedeutenden Mehreinnahmen führen können. Auf der Ausgabenseite sind die Bereiche Bildung und Soziale Wohl-

fahrt weiterhin die grossen Brocken, die durch kantonale Vorgaben zwar schwer zu beeinflussen sind. Aber als grosse Agglo-Gemeinde darf Kriens ruhig auch gegenüber dem Kanton mal klar Position beziehen und etwas die Zähne zeigen. Zu hoffen ist, dass das Projekt „Leistungen und Strukturen II“ des Kantons, wirklich zu einer Ausgabenentlastung der Gemeinde führen wird. Die Auswirkungen der Revision der Pflegefinanzierung und der Sozialhilfe sind ebenfalls noch offen und sollten im besten Fall zu einer Entlastung führen. Ein sehr positives Zeichen für eine bessere finanzielle Zukunft ist sicher das nun anlaufende Zentrumsprojekt. Dies allein wird jedoch nicht ausreichen. Die enormen Investitionen der nächsten Jahre und der damit anwachsende Schuldenberg, mit dem Hintergrund des aufgebrauchten Eigenkapitals, lassen einem für einen kurzen Moment in Angstschweiss ausbrechen. Aber genau hier gilt es, das Ziel nicht aus den Augen zu lassen und mit einer konsequenten Planung voranzugehen. Die Investitionen ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde und müssen zur Kehrtwende führen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten auf den Bericht und Antrag.

Die SVP-Fraktion dankt laut Alfons Graf dem Finanzdepartement und speziell Beat Fallegger für seine Arbeit. Wie jedes Jahr hat man mit der Budgetdebatte immer wieder das gleiche Trauerspiel. Auf der Ausgabeseite wird das Loch immer tiefer. Die Sozialausgaben steigen bis sie nicht mehr bezahlbar sind. Heute ist Kriens Rekordhalter in der kantonalen Fürsorgequote und hat Emmen bereits überholt. Beachtet man auch, dass Emmen mit seinen 29'200 Einwohnern und einem Ausländeranteil 3.3 % erheblich mehr Probleme mit seinen Sozialausgaben als Kriens zu bewältigen hat. Dieses Beispiel zeigt, dass in Kriens etwas nicht stimmen kann. Da muss man sich ernsthaft überlegen, was in Kriens schief läuft und falsch gemacht wird. Es kann auch nicht sein, dass Kriens mit seiner kantonalen unterdurchschnittliche Steuerkraft die Sozial- und Bildungsausgaben halten kann. Vor der Zentrumsabstimmung haben alle befürwortenden Parteien dem Volk klargemacht, dass mit der Annahme der Vorlage die Steuern nicht erhöht werden. Die SVP-Fraktion erwartet deshalb, dass die Vorgaben im Finanzplan auch in den nächsten Jahren eingehalten werden. Sonst springen noch mehr KMU-Betriebe ab. Jüngstes Beispiel ist die Reinhard Glas AG, die nach Rothenburg geht. Wie bereits erwähnt, hat das Volk im letzten Frühling der Zentrumsüberbauung zugestimmt. Kaum hat man mit der Realisierung begonnen, ist bereits der erste Frust in der Bevölkerung angekommen. Dem Volk wurde versprochen, als Ersatz der Wiese neben der „Lädenhütte“ im Eichenspes, die Langmatt als Ersatz zu bieten. Was ist daraus geworden? Es soll ein überflüssiger Freizeitpark mit Baukosten von über Fr. 900.000.00 mit allen Schikanen entstehen. Vernünftigerweise wird dieses Geld besser in die Schulhaussanierungen gesteckt. Der Voranschlag 2015 ist für die SVP-Fraktion zu optimistisch dargestellt. Es wird ausser Acht gelassen, dass Kriens sich vor einem wirtschaftlichen Einbruch befindet. Die Sozialausgaben werden noch mehr steigen und ob man die Steuereinnahmen halten kann, ist mehr als fraglich. Bei ihrer letzten Fraktionssitzung wurden die Kosten und Investitionen im Parkbad diskutiert. Was sollen die Investitionen im Parkbad von Fr. 655'000.00 bedeuten? Es werden Investitionskosten aufgeführt, wo man den Nutzen und Sinn nicht erkennt. Warum wird nicht ein gemeinsames Restaurant mit dem Sportclub Kriens geplant. Auch für die SVP-Fraktion sind die Lücken, welche durch die Abschaffung der Liegenschaftssteuer entstanden sind, nachvollziehbar. Es wurde aber vom Gemeinderat nichts unternommen diese Lücke zu schliessen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Roger Erni von der FDP-Fraktion stellt fest, dass vor allem die Motion Erni „Einhaltung des Finanzplanes“, welche zwar im Rat abgelehnt wurde, mit keiner Silbe in das Budget eingeflossen ist. Genau um die 1.3 Mio. Franken, welche durch den Wegfall der Liegenschaftssteuer fehlen, ist der Fehlbetrag grösser geworden. Das Defizit liegt neu bei 3.24 Mio. Franken. Das kann es nicht sein. Es muss jetzt endlich das Schlagwort Leistungsoptimierung auf kommunaler Stufe Eingang in die Budget- bzw. Planungsthematik finden. *"Gemäss aktualisierter FiPla kann die Trendwende erst 2019 aus eigener Kraft erreicht werden"*. Das ist Wahnsinn. Auf der

einen Seite verhindert man Wachstum und auf der anderen Seite wird der Sozialstaat trotzdem immer mehr ausgebaut. Die Liberalen treten dem Folgenden nicht nur auf kommunaler Ebene unmissverständlich entgegen:

- Leistungsabbau
- Gebührenerhöhung bzw. Auslagern von nicht zwingend staatlichen Dienstleistungen
- Der Kanton muss die Prämienverbilligung noch weniger nach dem Giesskannenprinzip ausgestalten.
- Der Verteiler im Bildungswesen muss mehr in Richtung Kanton zeigen. Wer befiehlt, zahlt. Kriens hat keine Handhabung und ist nur Umsetzer auf kommunaler Stufe.
- Der Staat muss beim Bauen nicht immer AAA+ bauen, es darf auch AA sein.
- Der Staat hat immer mehr kaum beeinflussbare Positionen bzw. Ausgaben: Krankenkassenversicherung, Ergänzungsleistung, Gesetz über die sozialen Einrichtungen und Sozialhilfe, WSH usw.

Gerade beim Sozialstaat ist man dringendst auf wirkliche "Revolutionen" angewiesen. Die Initiative der SVP ist lanciert. Die Jungen und Mitteljungen sind nicht mehr bereit die Lasten der Alten und Mittelalten auch in Zukunft zu tragen. Der Generationenvertrag muss überdacht werden. Ein Instrument auf kommunaler Stufe ist hier die Schuldenbremse. Diese sollte ab spätestens 2017 eingeführt werden. Das ergibt dann für Kriens endlich den nötigen Druck. Diesen Druck hat die Regierung im jetzigen Budget nicht spüren lassen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten, aber stellt einen Rückweisungsantrag und wird das Budget ablehnen. Der Gemeinderat hat den Ernst der Lage nicht erkannt.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Mario Urfer für Eintreten des Voranschlags 2015. Die SP/JUSO-Fraktion sieht den Voranschlag im Zusammenhang mit der zukünftigen Finanzplanung und der Finanzstrategie des Viersäulenprinzips. Der Voranschlag zeigt einen Mehraufwand von 3.24 Mio. Franken auf. Das zeigt, dass die Prognose im Finanzplan des Vorjahres nicht falsch war, welcher ein Defizit von rund 2 Mio. Franken vorsah. Dies wäre der Fall gewesen, wenn nicht die Liegenschaftssteuer abhandengekommen wäre. Die Entwicklung der Steuererträge ist mit den budgetierten Mindereinnahmen von 1.4 Mio. Franken für die SP/JUSO-Fraktion Besorgnis erregend. Dazu kommen die Mehrkosten in den meisten Eckwerten. Diese sind aber aus ihrer Sicht realistisch budgetiert, transparent dargestellt und nachvollziehbar. Der grosse Investitionsbedarf von 34.26 Mio. Franken ist eine sportliche Herausforderung und muss sich dringend im Wachstum mit erhöhten Steuereinnahmen zeigen. Der Voranschlag 2015 ist im geplanten Umfang für sie akzeptierbar. Anträge auf Leistungsabbau wird die SP/JUSO-Fraktion aber nicht akzeptieren. Sie wird dem Budget in dieser Form wie es jetzt vorliegt zustimmen.

Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, nimmt es vorneweg; Sie ist für Eintreten auf diesen B+A. Das Budget ist keine Überraschung, weder im Guten noch im Schlechten. Es kommt wie in der Mehrjahresplanung angekündigt, einfach um die 1.3 Mio. Franken schlimmer wegen der Abschaffung der Liegenschaftssteuer. Zu verlangen, dass die Abschaffung der Liegenschaftssteuer im Budget keine Spuren hinterlässt, ist lächerlich. Dies würde ja bedeuten, dass man tatsächlich 1.3 Mio. Franken mögliche Einsparungen einfach so nicht gemacht hätte. Das wäre bedenklich, unverantwortlich und würde bedeuten, dass der Gemeinderat Misswirtschaft und ungetreue Geschäftsführung betreibt. Wer heute jammert, hätte sich besser gestern gegen die Abschaffung der Liegenschaftssteuer gewehrt. Wer die Abschaffung aber unterstützt hat, kann sich heute nicht allen Ernstes wundern. Auch diese Steuersenkung folgt dem Prinzip des Würgegriffs. Zuerst Steuern senken oder gar aufheben und dann die Gemeinde zwingen irgendwie dies einzusparen. Wer sich an die unseligen, stundenlangen Sparsitzungen erinnert, weiss wie gross der Spielraum ist und wie lange man um ein paar Tausend Franken ge-

rungen hat. Die 9-seitige Sparliste zeigt, dass Kriens am Ende der Fahnenstange angekommen ist. Der Gemeinderat hat mit der FGK und dem Einwohnerrat ein langfristiges Konzept mit mehreren Säulen erarbeitet, um wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen. Dies wurde von allen Parteien gutgeheissen, unterstützt und verabschiedet. Man ist nun auf diesem Weg, aber es braucht etwas Geduld. Nach der ersten Etappe die Nerven zu verlieren und in Panik auszubrechen bringt nichts. Auch wenn Kriens und den anderen Gemeinden, die bürgerliche Mehrheit im Kanton einen grossen Knüppel zwischen die Beine geworfen hat, muss man diesen Weg weitergehen. Nächstes Jahr sollte man einen Marschhalt machen und den Plan überprüfen. Treffen die wichtigsten Planzahlen ein? Entwickeln sich die Einnahmen wie geplant? Hat man der Gemeinde neue Aufgaben aufgehalst? Können die notwendigen Investitionen getätigt werden? Wenn dies alles genau angeschaut wurde, wird man sich fragen müssen, ob es Korrekturen am Konzept oder zusätzliche Massnahmen braucht. Eine Strategie, die den Namen verdient, ist langfristig. Hüftschüsse sind kontraproduktiv und bringen das Ganze in Gefahr. Es ist wichtig, dass Kriens berechenbar und verlässlich bleibt. Alle Jahre eine neue Taktik mit unabsehbaren Folgen zu machen, macht Kriens nicht attraktiver. Aus diesen Gründen stimmt die Grüne/JG-Fraktion dem Voranschlag zu. Sollten weitere Kürzungen vorgenommen werden, kann sie jedoch diesen Voranschlag nicht mehr unterstützen. An dieser Stelle möchte die Grüne/JG-Fraktion Beat Fallegger für seine ausserordentlich kompetente Arbeit danken. Er ist auf viele Wünsche, gerade bezüglich Budget, eingegangen und hat ein grosses Pensum geleistet. Für den Einwohnerrat haben Budget und Rechnung unter seiner Führung massiv an Aussagekraft und somit an Qualität gewonnen. Herzlichen Dank und alles Gute für die Zukunft.

Laut Paul Winiker war in den letzten Jahren kein Budget ein Wunschbudget vom Gemeinderat. Jedes Budget war schwer. Diese Zahlen hätte man nicht hervorgebracht, wenn man nicht mehrere schwierige Sparrunden gemacht hätte. Ein so grosser Negativbetrag kann nicht schön geredet werden. Man muss dies aber auch in Relation sehen. Die Relation ist, dass man ein Gesamtbudget von 170 Mio. Franken hat. Man hat auch operativ grosse Erfolge gemacht, wie die Pensionskasse. Es wird immer wieder vergessen, was schon alles gemacht wurde. Beim Defizit vom 3.2 Mio. Franken hätte man vor zwei Jahren noch mehr als 1 Mio. Franken Gewinn von den Heimen aufrechnen können. Dies läuft nun direkt in die Pflegefinanzierung. Diese Leistung besteht, aber schmälert das Resultat nicht mehr. Es wäre viel bequemer gewesen dies nicht zu machen. So wäre man nun bei einem Defizit von 2.2 Mio. Franken. Dazu kommt der Wegfall der Liegenschaftssteuer. Dies kann man in einem solchen Budget nicht einfach wettmachen. Man kann sich auch nicht auf den Kostenteiler mit dem Kanton stützen. Dies ist ein langfristiges Projekt, welches vielleicht im 2018 oder 2019 kommt. Man weiss auch noch nicht, ob dies überhaupt kommen wird. Dies ist jedoch für die Steuerzahler auch nicht gratis zu haben. Es wurde gesagt, dass die Gemeindeverwaltung schlank arbeitet. An ein paar Orten wurden auch die Ressourcen hochgefahren, was Geld kostet. Es ist vertretbar, wenn es von den Aufgaben notwendig ist. Man hat operativ ein sehr enges Korsett, aber es wird eine strikte Kostenkontrolle gemacht. Es kann nicht gesagt werden, dass Kriens einen Sozialstaat ausgebaut hat. Kriens verfolgt den gesetzlichen Auftrag sehr restriktiv. Die Sozialhilfequote ist eines und die Nettokosten etwas anders. Dies zeigt sich auch indem Beschwerden dazu eingereicht werden. Der Sprechende hört es gerne, dass die Mehrheit die Strategie des Gemeinderates weiterträgt. Man kann schon sagen, man verliert die Nerven, aber vor einem Jahr hat man ein Jahrhundertprojekt gestemmt. Räto Camenisch hatte gesagt, dass es grenzgängig ist. Kriens fährt ein relativ grosses Risiko, weil man auf das Wachstum setzt. Dies wurde aber bewusst so gemacht. Er sieht nicht ein, dass die FDP-Fraktion jetzt die Nerven verliert. Beim Zentrum haben sie noch dafür gekämpft, dass es weiter geht. Operativ steht man nicht schlechter da als letztes Jahr. Diese Abweichung liegt nicht in der Verantwortung der Gemeinde. Der Gemeinderat hat nicht nichts unternommen, sondern hat mehrere Sparrunden durchgeführt. Der Sprechende appelliert daran, dass die Strategie mitgetragen werden soll. Buchhalterisch hat man zwar kein Eigenkapital mehr. Mit dem neuen

Finanzhaushaltsgesetz kann man die wirkliche Substanz zeigen. Die wirkliche Substanz von Kriens ist nicht null. Weil man in Anlagen investiert hat, ist Gegenwert da. Man kann Kriens auch nicht mit einer Unternehmung vergleichen. Man soll standhaft bleiben. Im nächsten Frühling wird der Gemeinderat eine Auslegeordnung machen. Wenn dies so nicht eintrifft, muss man dies überprüfen. Der Gemeinderat dankt für die Unterstützung.

Da gemäss Peter Portmann das Eintreten bestritten ist, wird darüber abgestimmt.

Abstimmung Eintreten

Mit 24:5 Stimmen bei 1 Enthaltung wird auf den B+A eingetreten.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Detailberatung

Seiten 6/7: Sozialwesen

Lothar Sidler hat eine Bemerkung zu dem was die SVP vorher gesagt hat, dass Kriens Emmen bei der Sozialhilfequote überholt hat. Diese Behauptung ist nicht richtig. Die aktuellsten Zahlen stammen aus dem Jahr 2012. Dort hatte man Gleichstand. Die Statistik der Sozialhilfequote 2013 kommt erst Mitte Dezember heraus. Die Sozialhilfequote zeigt eine Tendenz auf, welche aber auch wieder in die andere Richtung gehen kann. Die Sozialhilfequote hat aber nur etwas mit der Anzahl der Personen zu tun, die Sozialhilfe beziehen und nicht wie viel Geld ausgegeben wird. Die Zahlen zeigen es eindrücklich. Beide Gemeinden haben eine Sozialhilfequote von 3.5 im Jahr 2012. Emmen hatte aber unter dem Titel Sozialhilfe im 2012 9.4 Mio. Franken ausgegeben und Kriens 6.3 Mio. Franken. Emmen hatte somit 50 % mehr Sozi-

alausgaben mit gleicher Sozialhilfequote gehabt. Man soll sich nicht zu fest über die Sozialhilfequote fixieren. Diese sagt zu wenig aus über das, was tatsächlich ausgegeben wird.

Seite 19: Postulat Tanner: Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens (Nr. 280/11)

Gemäss Roger Erni ist die FDP-Fraktion enttäuscht, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat kein Modell von einer Schuldenbremse zur Entscheidung vorgelegt hat. Die Nettoschuld pro Einwohner liegt mit der Rechnung 2013 bei Fr. 3'700.00 und hat seit dem Jahr 2009 um 66 % zugenommen. Alle kennen die Verordnungen der Gemeinden. Die Nettoschuld pro Einwohner darf das Zweifache vom kantonalen Mittel nicht übersteigen. Der Grenzwert fürs 2013 liegt bei Fr. 4'879.00. Dieser Grenzwert wird gemäss Finanzplan im Jahr 2016 durchbrochen. Der Gemeinderat möchte die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse erst nach erfolgter Sanierung des Finanzhaushaltes diskutieren. Die FDP-Fraktion weiss nicht, was der Gemeinderat mit der Sanierung der Finanzen meint. Sie möchte hier eine Aussage vom Gemeinderat. Nach einer Sanierung einer Firma, sind meistens alle Schulden getilgt. Aus der Finanzplanung ist das Gegenteil zu entnehmen. Die FDP-Fraktion glaubt nicht, dass der Gemeinderat eine Schuldenbremse einführen will. Letzte Woche wurde eine Motion eingereicht, die fordert, dass die Konsumausgaben in der laufenden Rechnung ab 2016 nicht mehr stärker wachsen dürfen als das BIP der Eidgenossenschaft. Wird man im Parlament keine Mehrheit der Stimmen erhalten, wird sich die FDP-Fraktion überlegen, wie sie mit der Unterstützung der Einwohnerinnen und Einwohnern von Kriens die weitere Verschuldung der Gemeinde stoppen kann.

Paul Winiker führt aus, dass bei der Beratung des Voranschlags 2014 entschieden wurde, dass der Gemeinderat jedes Jahr die Schuldenbremse thematisiert. Kriens hat einen Mangel von 10.9 Mio. Franken gegenüber einem Schuldenbremsemodell des Kantons. Der Sprechende erwähnt, dass ja nun das Finanzhaushaltsgesetz der Gemeinden in die Vernehmlassung gegangen ist. Dort ist keine explizite Schuldenbremse eingegangen, sondern es wird ein Ausgleich über mehrere Jahre erwartet. Die Gemeinden können nachher beurteilen, ob die Ausgleichung der Rechnung über die Jahre genügend ist oder ob sie eine weitere Schuldenbremse möchten. Für den Gemeinderat ist man saniert, wenn die laufende Rechnung wieder ausgeglichen ist und das Eigenkapital nicht negativ ist. Schulden haben heisst nicht, dass man nicht saniert ist. Man muss aber den Willen und die Möglichkeit haben diese Schulden langfristig zurückzuzahlen. Zusätzlich sollte die Schuldenbremse im Sinne vom Kanton sein, dass der Mittelabfluss dem Mittelzufluss über eine bestimmte Periode entsprechen muss. Hier muss immer über den Zyklus gesprochen werden. Wenn eine mittlere oder kleine Gemeinde ein Schulhaus sanieren möchte, kann sie nie die Schuldenbremse einhalten. Eine mittlere oder ganz grosse Gemeinde kann unter Umständen auch grosse Investitionen unter Einhaltung der Schuldenbremse machen. Der Kanton Luzern wird mit seinen Grossprojekten auch in den Clinch kommen. Wenn es eine Vorfinanzierung für den Tiefbahnhof braucht, wird es mit dieser Schuldenbremse nie möglich sein. Letztlich ist dies auch eine politische Frage. Selbstverständlich ist es dem Einwohnerrat unbelassen eine Analyse zu machen, sobald das Finanzhaushaltsgesetz diskutiert wird. Dort wird es eventuell auch Anpassungen in der Gemeindeordnung oder Organisationsverordnung brauchen und es muss geschaut werden, ob allenfalls eine kommunale Richtlinie erlassen werden soll. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein zusätzliches Regulativ nur dann Sinn macht, wenn die Gemeinde zuerst Boden unter den Füßen hat. Sonst ist es von vornherein nur illusionär. Nach wie vor ist der Gemeinderat der Meinung, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben werden soll. Nächstes Jahr wird dies wieder transparent aufgezeigt.

Brahim Aakti findet der Gemeinderat macht es sich etwas leicht. Er missachtet, was das Parlament beschlossen hat. Er ist sich sicher, dass die FDP-Fraktion und die SP/JUSO-Fraktion nicht das Gleiche unter Schuldenbremse versteht. Dazumal hat der Einwohnerrat beschlos-

sen, dass der Gemeinderat aufzeigen soll, was es für mögliche Arten von Schuldenbremsen gibt. Das hat der Gemeinderat aber nicht gemacht. Wenn er die Beantwortung liest, hat der Gemeinderat schon eine fixe Idee von einer Schuldenbremse. Mit dieser fixen Idee zeigt er auf, was es bringen würde oder eben auch nicht. Dies war nicht die Haltung des Einwohnerrates, als dieser Vorstoss überwiesen wurde. Der Sprechende möchte, dass der Gemeinderat das Postulat so beantworten soll, wie es ursprünglich verlangt wurde. Der Gemeinderat soll verschiedene Modelle aufzeigen und wie diese eingesetzt werden können. Es geht auch nicht darum, dass der Gemeinderat selber eine Idee implementiert. Der Sprechende sieht es überhaupt nicht, dass dieser Vorstoss von Jahr zu Jahr wieder besprochen wird. Der Gemeinderat soll seine Aufgaben wahrnehmen und das Postulat richtig behandeln.

Thomas Lammer gibt Brahim Aakti Recht. Genau das hat die FDP-Fraktion mit ihrem Vorstoss verlangt und wartet darauf. Es gibt aus seiner Sicht keinen Grund, weshalb man wieder ein Jahr warten muss. Man möchte nur die Möglichkeiten und Varianten sehen. Ob und wie es dann gemacht wird, ist ein anderer Entscheid.

Erich Tschümperlin möchte auch gerne eine Antwort vom Gemeinderat zum Votum von Brahim Aakti und Thomas Lammer. Es interessiert die Meisten hier drin. Er möchte die Antwort, um darüber entscheiden zu können, ob das Postulat abgeschrieben wird oder nicht.

Laut Paul Winiker gibt es nicht tausend Varianten von Schuldenbremsen. Die Variante vom Kanton sind fünf Jahre. Weitere Möglichkeiten wären vier, sieben oder neun Jahre. Es ist eine reine Frage der Fristigkeit, wie man eine solche Schuldenbremse macht, indem der Mittelabfluss mit dem Mittelzufluss gegenüber verglichen wird. Der Gemeinderat legt ans Herz, dass man die Diskussion über das Finanzhaushaltsgesetz der Gemeinden abwarten soll und schaut was dort herauskommt. Ob dann eine zusätzliche Schuldenbremse noch nötig ist, ist eine politische Frage. Der Gemeinderat kann nicht X-Varianten vorlegen. Was dies im Moment an zusätzlichen Nutzen bringt, scheint dem Sprechenden fraglich zu sein.

Brahim Aakti sieht dies anders. Tausend Varianten gibt es sicher nicht, aber bestimmt drei, vier oder fünf Varianten. Schuldenbremse heisst, dass die Schulden gebremst werden. Das heisst aber, man kann auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite etwas machen. Eine eher linke Schuldenbremse heisst, wenn die Schulden ein Mass erreichen, macht man automatisch eine Steuererhöhung. Dies wäre aber wahrscheinlich nicht das, was die FDP-Fraktion möchte. Der Bund hat eine Schuldenbremse und viele andere Kantone auch. Hier geht es nicht nur um die Fristen, sondern um verschiedenartige Schuldenbremsen. Der Gemeinderat soll schauen, welche Möglichkeiten es wirklich gibt und soll diese dann auch aufzeigen. Wenn der Gemeinderat nur eine sieht, wird man dann wahrscheinlich nochmals einen Vorstoss einreichen.

Abstimmung über Nichtabschreibung Postulat Tanner: Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens (Nr. 280/11)

Das Postulat wird mit 21:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Râto	ja
Ercolani, Enrico	ja

Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	Enthaltung

Seite 21 - Postulat B. Bienz: Weisung über die Beschaffung und Einkauf von Gütern und Dienstleistungen für die Gemeinde Kriens zum zweiten (Nr. 097/2014)

Bruno Bienz findet, dass nach langen Geburtswehen das Kind nun doch noch auf die Welt gekommen ist. Mit der Vorstellung des Leitbildes für das Beschaffungswesen der Gemeinde Kriens wäre der Weg eigentlich vorgegeben gewesen. Die jetzt vorgestellte Weisung für die Beschaffung und den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen entpuppt sich auf dem Papier als Farce. Schon vom ersten Absatz des Leitbildes wird in der Weisung abgewichen. Seiner Meinung nach sollte eigentlich das Leitbild mit der Weisung zusammen harmonieren. Aber plötzlich ist nachhaltige Beschaffungspolitik nicht mehr gefragt. Das ganze Leitbild ist seiner Meinung nach das Papier nicht wert, wenn man unter 5.1 in der Weisung lesen muss, dass der Preis resp. die Konditionen in der Regel mit min. 75 % zu gewichten ist. Die Bürger und Bürgerinnen erwarten von der Gemeinde, dass die eingekauften Güter, ein Bauprojekt, usw. ökologische und soziale Mindestanforderungen erfüllen. Unter wirtschaftlich günstigstem Angebot versteht Bruno Bienz anscheinend etwas anderes als der Gemeinderat. Dieser definiert anscheinend diese Aussage nur mit dem Preis. Auch der Bund, Kanton und viele Gemeinden verstehen anscheinend etwas anderes darunter. Zur Wirtschaftlichkeit gibt es vom Bund folgende Empfehlungen: *„Beschaffen Sie nicht billig, sondern wirtschaftlich günstig. Definieren Sie neben monetären auch nicht monetäre Zuschlagskriterien und erteilen Sie den Zuschlag dem wirtschaftlich günstigsten Angebot, das die Zuschlagskriterien am besten erfüllt. Berücksichtigen Sie bei den monetären Kriterien nicht nur den Anschaffungspreis, sondern definieren Sie die während der gesamten Lebensdauer zu erwartenden Kosten als Zuschlagskriterium.“* Aus Sicht der schlechten Finanzen in Kriens ist das Kriterium „während der gesamten Lebensdauer zu erwartenden Kosten“ ein Muss. Da das Kriterium Preis/Konditionen mit 75 % gewichtet ist, haben die anderen Kriterien nur einen marginalen Einfluss. Im Leitbild erwähnt ist auch der Punkt Regionalökonomie worin steht, dass nach Möglichkeit ein Teil berücksichtigt werden soll. Also überhaupt nichts Verbindliches. Zum Beispiel unter Punkt 4.3 und 4.4 wäre es möglich gewesen, die lokale Wertschöpfung verbindlich zu formulieren. Ein Beispiel wäre, dass mindestens die Hälfte der eingeladenen Firmen in Kriens den Geschäftssitz haben müssten. Viele Gemeinden haben dies so. Auch hier verpasst der Gemeinderat wieder eine Chance. In dem Bericht zu seinem Postulat beantragt der Gemeinderat die Schaffung einer Stelle Einkauf. Bruno Bienz hat sehr lange mit sich gerungen und auch viel zu diesem Thema gelesen und nachgefragt, ob in der heutigen Situation der Finanzen eine solche Stelle ge-

rechtfertigt ist. Der Sprechende ist zum Schluss gekommen, dass die Einrichtung einer Kompetenzstelle und die Zentralisierung der Beschaffung von grossem Vorteil sein könnte. Dies bedingt aber, dass der Gemeinderat eine ausgewogene Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit, ökologischen und sozialen Aspekten auch will und dahinter steht. Zudem müssen die Prozesse der koordinierten Beschaffung für alle Departemente und Abteilungen verbindlich sein. Auch braucht es für die verantwortlichen Personen Schulungen. Die Weisung für die Beschaffung und den Einkauf lässt Bruno Bienz aber zweifeln. Daher beantragt er, dass der Gemeinderat nach ca. zwei Jahren einen Wirkungsbericht über die versprochene Kostenneutralität und die Arbeit des Einkaufsverantwortlichen dem Einwohnerrat vorlegt. Nur so kann er zur Schaffung einer neuen Stelle ja sagen.

Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass der Gemeinderat eine Weisung für die Beschaffung und den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen erstellt hat. Mit Verwunderung musste die CVP/JCVP/GLP-Fraktion feststellen, dass mit der Schaffung dieses Reglements gleichzeitig eine neue Stelle eingeführt wurde, die es bisher in dieser Form nicht gegeben hat. Sie fragt sich, ob es wirklich nötig ist, dass ein Lead Buyer die Koordination für einen zentralen Einkauf leiten muss. Sie ist der Meinung, dass die bisher verantwortlichen Einkäufer der Heime und Verwaltung und der Feuerwehr mit einer besseren Einkaufskoordination einen gleichen Effekt erzielen können, wie ein Lead Buyer. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion kann sich nicht vorstellen, dass diese Stelle ein fundiertes Einkaufswissen über Verbandsmaterial, medizinische Infrastruktur, Informatik, Papeterieprodukte und Feuerwehrautos ausweisen kann. Aus diesem Grund beantragt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass diese Stelle in 1.5 Jahren einen Wirkungsbericht vorlegen muss, der aufzeigt, wieviel Einsparungen im Bereich Einkauf dank dem Lead Buyer erzielt wurden, die ohne seine Tätigkeit nicht erzielt worden wären.

Gemäss Enrico Ercolani von der FDP-Fraktion hat die Stelle zur Folge, dass alles über den Preis laufen würde. Dieser Preisdruck wäre genau das Endresultat. Vieles was er nun sagt, gilt mehrheitlich für das Baugewerbe. Selbstverständlich betreffen einige Aussagen auch Einkäufe von Gütern etc. Als treibende Kraft für die neuen Gesetze für Scheinselbständige und die Solidarhaftung weiss Enrico Ercolani von was er spricht. Mit 70 Jahren, nach 42 Jahre Geschäftstätigkeit, heute mit 72 scheinpensioniert und über 16 Jahren Präsident von Berufsverbänden kennt der Sprechende die Leidenswege von Arbeitern und Unternehmern sehr gut. Deshalb erlaubt er sich folgende Kommentare zu den Weisungen abzugeben.

Bewertungsschema

Die Gewichtung vom Preis von 75 % ist viel zu hoch. Dies lässt in sehr vielen Fällen keinen wirklich fairen und ökologischen Wettbewerb zu. Der Kanton Zug hat ein Punktesystem. Urs Kamber, Leiter Planung und Bau, Kanton Zug, bestätigt ihm, dass mit diesem vielfach auch der Zweite oder Dritte vom Preis her gesehen, den Auftrag erhält. Dies zu Gunsten von besserer Qualität. Die Gewichtung des Preises ist in Zug wesentlich niedriger. Für Enrico Ercolani sind 60 % aber immer noch zu hoch. 50 % wäre richtig. Dies würde eine bessere Qualität bringen und dem Umweltschutz und fairem Wettbewerb sehr dienen.

Zuschlagskriterien

Preis

Wer den Preis als oberstes Kriterium setzt, kann weder Qualität noch fairen Wettbewerb erwarten. Wer Geldverdienen als oberstes Kriterium setzt, wird nie beste Qualität liefern. Dazu gibt es tausende von Beispielen. Enrico Ercolani erlaubt sich bezüglich Qualität eines zu nennen, nämlich das KKL Dach. Aus der Presse kann immer wieder entnommen werden, wie gepusht und betrogen wurde. Meistens eine Auswirkung der nicht kostendeckenden Preise. Tragisch ist, dass vielfach auch Angestellte darunter leiden müssen.

Beurteilung des Angebots

Wer soll für die Beschaffung die Angebote prüfen? Im Baugewerbe sollte man in über 50 Berufe mit Lehren, täglich neue Produkte, neue Techniken, Variantenvorschläge der Unternehmer etc. kennen. Wer kommt da noch draus? Es ist heute zwingend notwendig, dass für die Beurteilung Fachleute zugezogen werden. Architekten und Bauführer sind überfordert. Dies wird dem Sprechenden immer wieder von diesen bestätigt.

Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung gibt es, man muss sie nur nutzen. Bereits für die Ausschreibungen sollten Berufsleute zugezogen werden. Die Qualitätssicherung garantiert einen faireren Wettbewerb, Betrug kann weitgehendst ausgeschlossen werden und die ausgeschriebenen Arbeiten werden unter der Fachkontrolle auch ausgeführt. Leider ist das heute in vielen Fällen nicht so.

Grösse des Unternehmens

Eine unglaublich grosse Zahl von Unternehmern zahlt nicht korrekte Löhne und Nebenleistungen. Sozialleistungen in unvorstellbarer Höhe werden teilweise auch nicht bezahlt. Die paritätischen Berufskommissionen sind überfordert mit dem Überprüfen verdächtiger Unternehmern und Schwarzarbeitern. Hunderte von Verdachtsfällen sind in Bearbeitung. Verurteilungen wegen Verstössen gegen den GAV sind an der Tagesordnung. Grossmehrheitlich sind Subunternehmer die Sünder. Die Konsequenz aus dieser Situation muss sein, dass der Staat, sprich die Gemeinde, präventiv aktiv wird. Das heisst aus seiner Sicht, dass nur noch Unternehmer oder ARGE berücksichtigt werden dürfen, die die Aufträge mit eigenem Personal ausführen können. Logischerweise könnte man damit auch eine bessere Qualität erwarten. Wer stellt schon schlechte Arbeiter fest an? Es wäre wünschenswert, wenn das Subunternehmertum verboten würde. Vermehrte Festanstellungen wären die positiven Folgen davon. Deshalb wird der Sprechende ein Postulat einreichen, dass unter anderem fordert, dass Arbeiten nur noch an Firmen oder ARGE vergeben werden dürfen, die mit genügend eigenem Personal die Aufträge ausführen können.

Nachweis über faire sozialgerechte Produkte

Waren schon einmal jemand in China? Wer kennt Saudi Arabien, Persien, Russland, Nordkorea? Glaubt jemand wirklich, dass da Produkte her kommen, die die geforderten Kriterien erfüllen? In diesen Staaten werden Menschenrechte mit Füssen getreten. Soziale Gerechtigkeit steht vielleicht auf dem Papier. Wenn man fair sein will, dürfte man keine Produkte aus diesen Ländern kaufen. Für mehr Fairness am Markt muss man bereit sein, etwas mehr zu bezahlen. Das bedeutet, dass Ausschreibungen der Gemeinde Kriens klar darauf hinweisen sollten, dass Produkte aus solchen Staaten nicht akzeptiert werden.

Ausschlussgründe

Wer falsche Auskünfte erteilt

Leider sind falsche Auskünfte an der Tagesordnung. Deshalb darf die Gemeinde keine Eigen-deklarationen akzeptieren. Ob Löhne, Sozialleistungen, Spesen und Materialien etc. bezahlt sind und keine Betreibungen vorliegen, muss amtlich bestätigt sein. Es gibt unzählige Unternehmer, die die Löhne nicht korrekt bezahlten und erwischt wurden. Die Bussen werden meistens bezahlt. Da die Angestellten nicht klagten, weil sie aus Datenschutzgründen nichts wussten, gelten diese Firmen als sauber. Nur die paritätischen Berufskommissionen können dies wissen und stellen die Unternehmungen auf grün oder rot. Leider dürfen diese wegen dem Datenschutz keine Details erwähnen.

Vergabegrundsätze

Der Sprechende begrüsst es sehr, wenn für gemeindeeigene Bauten keine General- oder Totalunternehmer berücksichtigen würde. Diese beschäftigen nur Subunternehmer. Wenn es aber der Fall wäre, müssten ihnen die Vergabekriterien der Gemeinde überbunden werden.

Wie bereits gesagt, wird Enrico Ercolani ein Postulat einreichen über Auftragsvergaben am Bau. Die Informationen aus den persönliche Gesprächen mit Sachverständigen im Kanton Zug und dem Baudepartement des Kantons Luzern wird er einfließen lassen. Besonders am Herzen liegt dem Sprechenden, dass möglichst Krienser Unternehmer und Geschäfte berücksichtigt werden können. Er will in Zukunft einen fairen Wettbewerb und bessere Qualität zu einem günstigen Preis. Da ist der Billigste nie dabei.

Paul Winiker möchte um Verständnis bitten. Die Gemeinde muss sich im Rahmen des öffentlichen Beschaffungsrechts bewegen. Es kann nur der Handlungsspielraum innerhalb dieser Schranken genutzt werden. Ausschlussgründe sind im Gesetz definiert. Der Gemeinderat möchte den Handlungsspielraum auch ausnützen. Diesen sieht man darin, dass bei der Ausschreibung schon die Qualität gefordert wird, die man auch will. Danach entspricht der Preis von 75 % dem was man fordert. Der regionale Handlungsspielraum wird ausgenützt, indem beim Einladungsverfahren nur die Unternehmen eingeladen werden, die genügend eigenes Personal haben und den Auftrag selber abwickeln können. Die Unterakkordanten will man dort nicht zulassen. Diese sind gemäss den Weisungen nur zulässig, wenn dies in der Offerte deklariert ist und sie sich an die Bedingungen halten. Unterakkordanten können auch vom Verfahren ausgeschlossen werden. Das Baudepartement hat versucht eine rechtlich taugliche Bremse einzubauen. Heute wurde der Gemeinderat schon mehrmals gerügt, dass er keine strukturellen Überprüfungen und Anpassungen macht. Was der Gemeinderat nun anbietet ist eine strukturelle Anpassung, dass der Einkauf verstärkt und eine Teilzentralisierung gemacht wird. Selbstverständlich muss diese Stelle eine Rendite erbringen und muss das was sie kostet wieder reinholen. Der Gemeinderat ist bereit nach zwei Jahren einen Wirkungsbericht zu machen. Deswegen bittet der Sprechende dem so zuzustimmen.

Bruno Bienz meint, dass der Gemeinderat den Handlungsspielraum nicht richtig ausnutzt. Er hat Mühe damit, weil das einheimische Gewerbe nicht bevorzugt wird. Der Gemeinderat sagt immer man könne nicht anders. Der Sprechende hat viele andere Gemeinden angeschaut und dort ist es möglich. Weshalb soll es dann also bei Kriens nicht möglich sein.

Matthias Senn ergänzt, dass wenn ein Einladungsverfahren im Bauwesen gemacht wird, schaut man selbstverständlich, dass kommunale oder regionale Firmen eingeladen werden. Zum Beispiel kommt es bei den Malerarbeiten selten vor, dass eine auswärtig ansässige Firma eingeladen wird. Kriens hat etwa zehn Malergeschäfte. Es betrifft hauptsächlich das öffentliche Beschaffungswesen, welches im Kantonsblatt publiziert werden muss. Dort muss nach den Kriterien des öffentlichen Beschaffungswesens vergeben werden. Die Gemeinde vergibt auch sehr viele Direktaufträge, wo geschaut wird, dass regionale oder einheimische Firmen berücksichtigt werden.

Enrico Ercolani möchte wissen, ob er den Antrag stellen kann, dass bei dem Bewertungsschema die prozentuale Gewichtung nach unten gesetzt wird. Er würde gerne beantragen, dass man diesen auf 50 % heruntersetzt und andere Kriterien mehr gewichtet.

Gemäss Paul Winiker ist dies kein Reglement, sondern eine Weisung des Gemeinderates. Diese kann selbstverständlich auch überprüft und angepasst werden. Diese Woche wurde aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung nicht die billigste Offerte genommen. Der Billigste bildet keine Lehrlinge aus und deshalb wurde vom Preis her dem Zweitbesten der Auftrag erteilt. Man kann bei den Zuschlagskriterien qualitative Arbeiten ins Rennen bringen. Qualität muss man bereits mit der Ausschreibung sichern. Dann kann es mit 25 % innerhalb der Zulässigkeit so gesteuert werden, dass die Gemeinde bei denen, die nicht in das Bild passen, die Freiheit noch wahrnehmen kann. Der Gemeinderat ist bereit nach einer bestimmten Dauer zu überprüfen, ob der Gemeinderat mit den 75 % genügend gute Erfahrungen gemacht hat. Sonst kann der Gemeinderat diese Weisung korrigieren.

Enrico Ercolani ist der Meinung, dass die Begründung mit dem Lehrling nicht gut ist. Es gibt einen Bundesgerichtsentscheid, der besagt, dass der Lehrling nicht relevant ist, um ein Werk auszuführen. Der Kläger erhielt Unrecht.

Wenn Erich Tschümperlin dies richtig versteht, kann Enrico Ercolani ein Postulat machen, worin er den Gemeinderat beauftragt die Kriterien zu prüfen.

Nachdem gemäss Peter Portmann das Postulat im Kompetenzbereich von Gemeinderat liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

Seite 70/71: Koordinations- und Anlaufstelle

Katja Staub hat eine Bemerkung. Neu wurde ja die Krienser Informationsstelle eingeführt. Man sieht auch, dass diese im Voranschlag 2015 budgetiert wurde. Die Sprechende wünscht sich, dass man bei der Langzeitpflege der Spitex den Minderaufwand bereits gemerkt hätte. Sie war enttäuscht, dass man dies noch nicht merkt, weil die Spitex nun weniger Aufwand hat.

Lothar Sidler erklärt, dass man die Auswirkungen der Koordinations- und Anlaufstelle KIG bei der Vollkostenrechnung sieht. Diese ist jedoch im Voranschlag nicht enthalten. Die Vollkostenrechnung ist die Grundlage für die Verhandlungen mit der Spitex. Diese ergeben dann den Einheitspreis, also den Preis pro Leistungseinheit, welche die Spitex erbringt. Dieser wird mit den Anzahl Stunden hochgerechnet. Im Moment ist es noch nicht möglich zu sehen, welche Auswirkungen die KIG auf den Einheitspreis der Spitex hat. Man kann jetzt schon festhalten, dass die Spitex den Einheitspreis schon deutlich gesenkt hat. Sämtliche Leistungen werden günstiger angeboten, als im letzten Jahr. Dies hat sich aber dadurch kompensiert, dass sie mehr Leistungseinheiten erbringen muss.

Seite 77: Konto 620.00.318.08 Neubaukosten Strassen

Gemäss Bruno Bienz beantragen die Parteien, dass dem Komitee „Bypass – so nicht“, der Betrag von Fr. 10'000.00 – budgetneutral – für ihre Aktivitäten im Interesse der Gemeinde Kriens zugesprochen wird. Die Antwort des Gemeinderates vom 29. Oktober 2014 überzeugt den Sprechenden nicht. Das Gesuch hat nichts mit der Entschädigung der Einwohnerratsmitglieder zu tun. Die Aktivitäten des Komitees sind im Interesse der Gemeinde Kriens. Die Parteien geben dem Gemeinderat die nötige Kompetenz das Geld aus verschiedenen Konten zu nehmen. Das genannte Konto wurde als Beispiel genannt. Er hofft, dass alle den Antrag unterstützen.

Räto Camenisch möchte einen geschichtlichen Exkurs machen. Als es im vorletzten Jahrhundert um den Bau der SBB-Linie Bern-Luzern ging, hat die Gemeinde Kriens für die PR-Massnahmen Fr. 50'000.00 locker gemacht, damit die Bahn übers Renggloch durch Kriens fährt. Fr. 50'000.00 anno 1880 ist heutzutage weit über einer Million Franken. Dies war in einer Zeit, wo die Gemeinde Kriens viel kleiner war als heute. 75 % des Gemeindebudgets wurden an Arme ausgegeben. Kriens hat leider verloren. Die Stadt Luzern hat entschieden, dass die Linie über Littau fährt. Kriens hat dann einfach eine eigene Bahn gebaut, welche in den Spitzenzeiten 250'000 Passagiere pro Jahr befördert hat. Kriens wird vom Kanton schlecht unterstützt. Der Kantonsrat hat das Postulat Schmassmann abgelehnt, welches eine bessere Priorisierung des Busverkehrs in Kriens fordert. Gleichzeitig hat der Sprechende ein Postulat eingereicht, dass in Kriens darüber nachgedacht wird, dass in Zukunft nachhaltige Verkehrslösungen auch für die anderen Verkehrsteilnehmer geplant werden. Räto Camenisch hat kein Geld verlangt, sondern nur ein Nachdenken. Dies wurde vom Kantonsrat auch abgelehnt. Michael Töngi hat verlangt, dass der Radweg durchs Zentrum Kriens zeitgleich mit dem Zentrumsbau verwirklicht wird. Dies wurde wiederum vom Kantonsrat abgelehnt mit der Begründung, man sei nicht verantwortlich für die hausgemachten Probleme von Kriens. Jetzt weiss Kriens wo man steht. Kriens ist alleine und muss auf den eigenen Beinen stehen. Die Gemeinde muss sich Gehör verschaffen. Das Komitee hat nun damit angefangen und Plakate aufgestellt. Der Kantonsrat hat ohne weiteres 2 Mio. Franken für die Vorprojektierung der Umfahrung von Wolhusen bewilligt mit der Begründung, dass man das Entlebuch nicht vom Verkehr abschnüren kann. Im Seetal war eine Talstrasse durch Wiesen und Felder geplant. Da hat es Widerstand gegeben. Jetzt hat man die Talstrasse gestrichen gegen die Notabeln vom Seetal. Der Kanton hat dies noch so gerne gestrichen. Aber ein Teil des Geldes wurde für die bisherigen Strassen verwendet. Der Sprechende erinnert an den Gubrist. Dort hat eine Gemeinde gesagt „so nicht“. Die dritte Röhre braucht es, aber nicht in ihrem Land. Weiningen musste auch gegen den eigenen Kanton und den Bund kämpfen, aber erhielt vom Bundesgericht Recht. Dieses Projekt wird bereinigt. Kriens muss jetzt seinen Weg gehen. Dazu braucht das Komitee Kraft und Schwung. Das Komitee möchte es mit dem Gemeinderat zusammen machen, aber dazu braucht es auch etwas Geld. Räto Camenisch bittet darum den Antrag zu unterstützen.

Enrico Ercolani ist total gespalten. Heute wird schon der ganze Nachmittag übers Sparen gesprochen. Jetzt kommt so ein Antrag auf Fr. 10'000.00. Im Gesamtbudget ist dies nicht viel, aber viel Kleines gibt auch viel. Dies ist nicht der richtige Weg. Der Sprechende ist der Meinung, dass der Gemeinderat festgestellt hat, dass der Einwohnerrat den Bypass so nicht möchte. Vielleicht gibt es solche, die ihn gar nicht wollen. In der Bevölkerung gibt es sicher Personen die dann ausrufen, weil die Gemeinde sonst schon kein Geld hat und das Geld für etwas ausgibt, was diese Personen nicht möchten. Vielleicht geht man das Risiko ein, dass zuletzt gar nichts gemacht wird. Alle sind sich wahrscheinlich einig, dass die heutige Situation unbefriedigend ist. Es muss etwas gehen. Der FDP-Fraktion wurde das Projekt vorgestellt und hat klar gesagt, wenn es überdacht wird, dann ist sie auch dafür. Er fragt sich nun, ob es richtig ist Fr. 10'000.00 an das Komitee zu bezahlen oder der Gemeinderat ganz klar beauftragt werden muss die Interessen zu vertreten. Enrico Ercolani hat Mühe nach dieser Debatte noch dem Antrag von Fr. 10'000.00 zuzustimmen.

Erich Tschümperlin denkt, dass es nur etwas gibt. Kriens muss auf die Hinterbeine stehen und sagen, dass es anders geplant werden muss. Am Schluss wird es gebaut, so wie es geplant ist, deshalb muss man dagegen sein. Das einzige was hilft ist klare fundamentale Opposition gegen dieses Projekt. Dass die einen oder anderen es gar nicht möchten oder ein bisschen wollen, spielt heute keine Rolle. Dieses Projekt möchte niemand. Wenn er in 20 Jahren unter dieser Brücke mit den zwei Viadukten steht und er seinem Grosskind erklären muss, dass es aus Budgetgründen wegen einem nicht bewilligten Beitrag von Fr. 10'000.00 scheiterte, lacht

ihn das Grosskind aus. Der Antrag von Bruno Bienz war ja, dass es budgetneutral ist. So gesehen hofft Erich Tschümperlin daran, dass ein klares Zeichen gesetzt wird und man sich nicht bei der ersten Abstimmung über dieses Thema aufsplittert. Die einen sind dann nur noch etwas dafür und die anderen nur unter gewissen Bedingungen. Kriens braucht klare Signale und Zeichen. Der Sprechende hofft, dass man hier mit einer Stimme spricht. Sonst ist dies ein schlechter Anfang.

Christine Kaufmann-Wolf möchte an die Einwohnerratssitzung zurückerinnern, an welcher der Einwohnerrat sich über die Parteigrenze hinaus zu diesem Thema zusammengeschlossen hat. Räto Camenisch hat erzählt, dass man vor vielen Jahren bereits Fr. 50'000.00 in die Hände genommen hat. In der heutigen Zeit sind Fr. 10'000.00 nicht zu vergleichen. Wenn die Umsetzung des Einwohnerrates an dem Beitrag von Fr. 10'000.00 scheitert, wäre dies sehr tragisch. An der Sitzung waren alle einstimmig dafür, dass man gemeinsam diesen Weg geht. Dieser Beitrag wird nicht aus dem Fenster geworfen, sondern für Plakate und die Arbeit des überparteilichen Komitees eingesetzt. Wie will man dies sonst finanzieren? Man kann ja nicht von Haus zu Haus Spenden sammeln gehen. Es soll nicht so kurz nach der fast schon historischen Einwohnerratssitzung den Bettel hingeschmissen werden, nur weil heute übers Budget debattiert wird. Es ist klar, dass es im Budget um grosse Zahlen geht. Aber an diesen Fr. 10'000.00 soll es nicht liegen, weil es ist eine Investition in die Zukunft von Kriens ist.

Kathrin Graber erinnert daran, dass ein überparteiliches Komitee gebildet wurde. Alle Parteien sind dabei. Hier waren alle mal vernünftig, indem sie ihren Parteischatten abstreifen und mit rechts und links zusammen Sitzungen machen und überlegen wie man gegen den Bypass vorgehen kann. Es wurde bereits ein Gesprächstermin mit dem Regierungsrat Robert Küng abgemacht. Das Komitee hat auch viele Ideen wie die Bevölkerung sensibilisiert werden kann und welche weiteren Schritte man gehen soll. Kriens kann nicht nur auf die Hinterbeine stehen, sondern es braucht auch das Geld. Wenn im Rahmen des Budgets diskutiert wird, dass die Fraktionsbeiträge gekürzt werden, weiss sie nicht, wie das Komitee aktiv sein soll. Das Defizit bleibt bei 3.2 Mio. Franken. Das Komitee möchte es aufwandsneutral machen und ist der Überzeugung, dass es bei verschiedenen Konti möglich ist das Geld zusammenzubringen. Es soll schon gespart werden. Aber wenn der Bypass mal kommt, ist Kriens verloren und dann nützt das Sparen von Fr. 10'000.00 nichts mehr.

Räto Camenisch ergänzt, dass das Komitee nicht in die Hängematte liegt und nur das Geld nimmt. 1/3 von diesem Betrag hat das Komitee bereits ausgegeben und bezahlt. Es ist gedacht als Anschubfinanzierung. Das Komitee wird sich um Spenden Bemühen, aber braucht zuerst einen Kick.

Gemäss Peter Fässler kann sich die SP/JUSO-Fraktion diesen Voten nur anschliessen. Sie findet, dass es dieses Geld jetzt braucht. Es ist nicht für ihre Arbeit, weil sie ehrenamtlich arbeiten. Aber das Komitee hat Materialkosten. Hier könnte man eine Unterstützung gebrauchen. Es wird lediglich eine Umverteilung und nicht eine Aufstockung vom Budget gefordert.

Paul Winiker erklärt, dass der Gemeinderat dem Antrag aus politischen Gründen opponiert. Der Einwohnerrat hat selbstverständlich die Kompetenz auf einem Konto diese Ausgabe zu beschliessen. Wenn dies beschlossen wird, wird dies über die Parteifinanzierung gebucht. Deshalb muss das Budget nicht geändert werden. Der Gemeinderat findet es heikel, wenn die Gemeinde eine politische Kampagne, die etwas verhindern soll, unterstützt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt nach, ob sie es richtig verstanden hat, dass der Betrag aus den Parteientschädigungen herausgenommen wird.

Paul Winiker verneint dies. Das ist jedoch das einzige Konto, wo dies formal richtig ist. Dieses Konto würde dann überschossen werden, ohne das Budget zu korrigieren.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Gemäss Vorlage), gegenüber Antrag aller Parteien (Beitrag Fr. 10'000.00)

Mit 24:6 Stimmen wird der Antrag aller Parteien angenommen.

Aakti, Brahim	Antrag: Beitrag 10'000.00
Berger, Rita	GR: gem. Vorlage
Bienz, Bruno	Antrag: Beitrag 10'000.00
Bienz, Viktor	Antrag: Beitrag 10'000.00
Bieri, Esther	Antrag: Beitrag 10'000.00
Camenisch, Rätö	Antrag: Beitrag 10'000.00
Ercolani, Enrico	GR: gem. Vorlage
Erni, Roger	GR: gem. Vorlage
Fässler, Peter	Antrag: Beitrag 10'000.00
Fluder, Hans	Antrag: Beitrag 10'000.00
Graber, Kathrin	Antrag: Beitrag 10'000.00
Graf, Alfons	Antrag: Beitrag 10'000.00
Heiz, Martin	Antrag: Beitrag 10'000.00
Hofstetter, Kevin	GR: gem. Vorlage
Kaufmann-Wolf, Christine	Antrag: Beitrag 10'000.00
Kobi, Tomas	Antrag: Beitrag 10'000.00
Koch, Patrick	Antrag: Beitrag 10'000.00
Lammer, Thomas	GR: gem. Vorlage
Mathis-Wicki, Judith	Antrag: Beitrag 10'000.00
Meyer, Pascal	Antrag: Beitrag 10'000.00
Nyfelner, Nicole	Antrag: Beitrag 10'000.00
Piras, Davide	Antrag: Beitrag 10'000.00
Schwizer, Roland	Antrag: Beitrag 10'000.00
Staub, Katja	GR: gem. Vorlage
Takacs, Fabian	Antrag: Beitrag 10'000.00
Tschümperlin, Erich	Antrag: Beitrag 10'000.00
Trüb, Paul	Antrag: Beitrag 10'000.00
Urfer, Mario	Antrag: Beitrag 10'000.00
Wicki Roth, Verena	Antrag: Beitrag 10'000.00
Zosso, René	Antrag: Beitrag 10'000.00

Seite 93: Konto 340.00.501.01 Freizeitanlage Langmatt/Eichenspes

Alfons Graf möchte wissen, weshalb das dringliche Postulat nicht im Budget traktandiert wurde. Es wird nachher über das Budget abgestimmt und dann kann man nichts mehr ändern. Er stellt den Antrag, dass dieser Betrag um Fr. 400'000.00 gekürzt wird.

Matthias Senn erklärt, dass der Betrag von Fr. 900'000.00 ein Teil von den 1.15 Mio. Franken ist, welcher wiederum ein Teil des Baukredits „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ ist. Dies wurde vom Volk beschlossen. Dieser Betrag wurde ins Budget aufgenommen, weil dies im nächsten Jahr realisiert werden soll.

Alfons Graf ist der Meinung, dass es nicht stimmt, was Matthias Senn gesagt hat. Im Einwohnerrat wurde die Frage aufgeworfen, was mit der Wiese Eichenspes passiert. Cyrill Wiget hat

gesagt, dass es eine 1:1 Ersatzwiese gibt und nicht einen Freizeitpark von fast 1 Mio. Franken.

Davide Piras dachte, dass das Postulat unter Traktandum 5a behandelt wird. Nun vermischt man etwas. Erstens hat aber das Volk darüber entschieden und zweitens wurde dies bei der Abstimmung beschrieben, was gemacht werden soll. Man soll sich nun an die Traktandenliste halten.

Erich Tschümperlin findet, dass wenn Alfons Graf verlangt, dass der Betrag gekürzt wird, ist dies willkürlich. Im Postulat ist kein Betrag erwähnt wie viel gekürzt werden soll. Deshalb ist es sinnlos darüber zu diskutieren. Das Postulat soll nachher behandelt werden und man kann dann schauen.

Esther Bieri möchte auch der Traktandenliste nachgehen. Das Volk hat darüber abgestimmt und es kann nachgelesen werden.

Alfons Graf erwähnt nochmals, dass nachher über das Budget abgestimmt wird. Dann ist sein Postulat sinnlos. Der Sprechende stellt deshalb den Antrag, dass das Postulat ins Budget integriert wird.

Cyrill Wiget findet, dass es nicht schlecht ist diesen Punkt jetzt zu klären. Es handelt sich wahrscheinlich um ein Missverständnis. Wenn dieses Missverständnis geklärt werden kann, unterstützt der Gemeinderat diesen Antrag.

Gemäss Guido Solari wird nun das Postulat Alfons Graf vorgezogen und die Debatte zum Budget geht danach weiter.

4a. Postulat Alfons Graf: Geplanter Freizeitpark Langmatt (Nr. 144/14)

Matthias Senn zeigt auf, wie sich das Projekt entwickelt hat. Die Grundlage die man hat ist der B+A „Zukunft Kriens - Leben im Zentrum“, welcher im letzten Frühling behandelt wurde. Es sind beide Anlagen detailliert beschrieben. Der Baukredit wurde mit dem Betrag von total 1.05 Mio. Franken genehmigt. Vorher hat er den falschen Betrag genannt. Für Fr. 700'000.00 ist die Freizeitanlage Langmatt und für Fr. 350'000.00 die Spielwiese Schulanlage Feldmühle geplant. Die Spielwiese Feldmühle ist eine Anlage, die zur Schule gehört. Damals wurde vorgesehen, dass eine grössere Spielwiese gemacht wird. Man hat eine Tartanbahn als Laufstrecke und einen Graben für den Weitsprung vorgesehen. Es wurde angedacht, dass es einen Rundplatz gibt, wo man sich aufhalten kann. Das Projekt hat sich nun weiterentwickelt. Die Spielwiese wurde kleiner gemacht und auf dem Rest der Wiese gibt es eine Aufenthaltsfläche. Was die Schulanlage betrifft, ist es eine marginale Veränderung. Bei der Sport- und Freizeitanlage Langmatt waren zwei Rasenfelder mit unterschiedlichen Grössen und ein Hartplatz vorgesehen. Auf allen kann Fussball gespielt werden. Bereits damals waren ein Picknickplatz und verschiedene Kleinanlagen geplant. Dies hat sich nun zum öffentlich aufliegenden Projekt weiterentwickelt. Aufgrund der Diskussionen mit den Nutzern hat man noch ein

kleines Rasenspielfeld, einen Parcours für Bikes, einen Bereich mit Spielgeräten und einen Bereich mit Hügeln zur Planung hinzugefügt. Die Hügel können mit dem Aushub vom Feuerwehr/Werkhofareal aufgeschüttet werden. Dies ergibt eine Gestaltung, wo die Kinder spielen können. Die einzig grössere Einrichtung ist die Rutschbahn den Hang hinunter. Es ist eine Weiterentwicklung zu der Idee, die man damals hatte.

Gemäss Cyrrill Wiget hat Kathrin Graber vor ein paar Jahren eine Vorstoss gemacht, worin sie forderte, dass durch die Bautätigkeiten keine Sportanlagen verkleinert werden sollen. Durch den Wachstum braucht Kriens eher mehr und nicht weniger Sportanlagen. Dies war der Muttergedanke, dass wenn das Feuerwehrareal überbaut werden soll, braucht es auf der anderen Seite einen 1:1 Ersatz. Unter 1:1 Ersatz hat der Gemeinderat verstanden, dass die gleiche Fläche auf der anderen Seite wieder der Allgemeinheit und der Jugend zur Verfügung gestellt wird. Es war nie gedacht, dass genau das Gleiche auf der anderen Seite wieder gemacht wird. Es scheint, dass die SVP-Fraktion den Eindruck hat, dass mehr Geld ausgegeben wird, als angedacht war. Die Realisierung soll nicht teurer werden, als das es damals in der Richtplanung aufgeführt wurde. Letztens gab es von einer Person aus diesem Quartier eine Anfrage, welche sich auch Sorgen gemacht hat. Die Person wollte wissen, was gemacht wird und was dies soll. Man hat dieser Person genau erklärt was geplant ist und diese war danach wieder beruhigt, weil es in ihrem Sinn ist. Warum soll man also der Bevölkerung nicht das Maximum anbieten, wenn man einen Kredit zur Verfügung hat. Es wurden Abklärungen bis hin zum SCK gemacht, wie gross das Sportfeld sein muss. Die anderen Teile der Anlage kann die Gemeinde so umsetzen, wie es der Quartierverein möchte und die entsprechenden Nutzer in Zukunft brauchen werden. Gegen dies gibt es seines Erachtens nichts einzuwenden. Die Befürchtungen, dass es teurer ist, muss man nicht haben. Gleichzeitig hat man eine Sparmassnahme eingebaut, dass der Aushub für die Modellierung der Hügel gebraucht werden kann. Den Aushub zu entsorgen hätte einen Kostenbetrag ausgelöst, welcher nun nicht nötig ist. Der Sprechende versteht nicht, weshalb diese Aufregung entstanden ist. Das Maximum für die Kinder und Jugendliche herauszuholen ist Pflicht und Auftrag vom Gemeinderat innerhalb von diesem Budget. Der Fehler ist dort passiert, dass bis zur Abstimmung eine Art Richtofferte der Unternehmen vorlag. Es war nie die Idee, dass das Spielfeld genau so gebaut wird, wie es in der Richtofferte drin war. Mit der Planung wurde erst nach der Abstimmung begonnen. Die definitive Planung wird nun erarbeitet und nachher auch so umgesetzt.

Matthias Senn ergänzt, dass der Gemeinderat aus diesen Gründen die Überweisung des Postulats ablehnt.

Patrick Koch hat noch eine Frage. Cyrill Wiget hat gesagt, dass der SCK miteinbezogen worden ist, welcher offenbar dies auch nutzen will. Das Kleinfeld liegt aber nicht gerade am Weg und ihm ist nicht bekannt, dass sanitäre Anlagen in der Nähe sind. Macht dies wirklich Sinn? Ist der SCK erfreut über das? Der Sprechende findet das Ganze ein Luxusprojekt. Es wurden Elemente eingebaut, welche keinem Realersatz entsprechen.

Davide Piras erwähnt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass die Freizeitanlage Langmatt im Rahmen des Zentrumsprojekts realisiert werden soll. Wie soll der Realersatz für die verlorene Wiese beim neuen Feuerwehr- und Werkhofareal aussehen? Im Planungsbericht Nr. 039/2013 wurde das Projekt wie folgt beschrieben: „Die heutige Grünzone Langmatt wird in eine Sport- und Freizeitzone umgezont. Als Vorschlag angedacht ist, dass ein Allwetterplatz, zwei kleine Rasenspielfelder, ein Familien- und Picknickplatz und Abstellflächen für Velo und Fahrzeuge entstehen sollen. Die Rasenspielfelder haben einen erdnahen Aufbau für Nutzung als Schulsport- und Freizeitanlage. Im Weiteren könnten ein Wasseranschluss, eine

Feuerstelle und Sitzgelegenheiten die Attraktivität an diesem Ort steigern.“ Der Planungsbericht Nr. 039/2014 hat den Einwohnerrat bereits letztes Jahr über die baulichen Ideen in der Langmatt informiert. Mit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 wurde mit 57 % Ja-Stimmen der Baukredit für die Langmatt von Fr. 700'000.00 gesprochen. Der Volksentscheid für den Bau ist klar gegeben. Bei einer Zustimmung dieses Vorstosses würde der Einwohnerrat den Krienser Volksentscheid aushebeln und dem schweizerischen Verständnis für Volkdemokratie widersprechen. Ob jetzt wirklich die geplanten Bauten notwendig sind, ist zu hinterfragen. Die echten Bedürfnisse werden erst durch die laufenden Partizipationsbemühungen der Gemeinde aufgedeckt und so wird das Beste herausgeholt. Aufgrund des klaren Abstimmungsresultats vom 9. Februar 2014 zum Zentrumsprojekt lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dieses Postulat ab, denn es stellt sich gegen den Volksentscheid. Bei der heutigen finanziellen Lage ist ein bedürfnisgerechter Bau unumgänglich und wichtig. Dies macht der Gemeinderat. So wird sichergestellt, dass wichtige Ressourcen geschont werden und der versprochene Realersatz aus Sicht der Bevölkerung gebaut wird.

Esther Bieri, SP/JUSO-Fraktion, hat bereits gesagt, dass alles transparent aufgelistet ist. Vor der Abstimmung konnte man dies nachlesen. Sie möchte eine Bemerkung zu der Begriffsklärung machen. Man spricht nun von einem Freizeitpark. Bisher war dies immer als Freizeitanlage behandelt worden. Das vorliegende Projekt wurde erst nach entsprechenden Medienberichterstattungen zu einem Freizeitpark. Unter Freizeitpark versteht Esther Bieri zum Beispiel den Europa-Park in Rust. Davon kann im Krienser Fall keine Rede sein. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Gemäss Thomas Lammer ist die FDP-Fraktion für Ablehnung des Postulats. Beim geplanten Freizeitpark Langmatt handelt es sich um einen Realersatz der Freizeitanlage Eichenspes, welche durch den Bau des Feuerwehr- und Werkhofgebäudes weichen muss. Dies wurde auch in der Abstimmungsbotschaft "Zukunft Kriens - Leben im Zentrum" so aufgeführt. Ebenfalls war in der Botschaft der entsprechende Betrag für dieses Vorhaben ausgewiesen. Das wurde dem Bürger so versprochen und ist so einzuhalten, wie alle anderen Versprechungen die in dieser Botschaft gemacht wurden. Die Nutzung wurde durch Einbindung verschiedener Anspruchsgruppen ermittelt. Es macht doch keinen Sinn, etwas zu bauen, das dann nicht genutzt wird. Es ist richtig, dass man diesen partizipativen Weg gegangen ist und den Kostenrahmen auch einhält. Bemängeln möchte die FDP-Fraktion aber die Kommunikation in dieser Sache. Auch sie wurden von verschiedenen Seiten angegangen. Viele Leute hatten es nicht im Kopf, dass sie dies in der Botschaft nachlesen konnten. Zusätzlich gab es einen Zeitungsartikel dazu, wo der Titel nicht ganz zum Artikel gepasst hat. Dort hätte man besser nach aussen kommunizieren sollen, dass darüber abgestimmt wurde.

Alfons Graf meint, dass im Einwohnerrat über den 1:1 Ersatz debattiert wurde. Auch selbst wenn dieses Geld gutgesprochen wurde ist es so. Aber heute liegt eine andere finanzielle Situation vor. Die Liegenschaftssteuer von 1.2 Mio. Franken entfällt, die Unwetterschäden von weit über 1 Mio. Franken müssen noch beglichen und Schulhäuser müssen saniert werden. Es ist logisch, dass man nun Verantwortung übernehmen soll und sagt, dass dies nicht dringend nötig ist. Wenn Kriens wieder einmal schwarze Zahlen schreibt, kann dieses Projekt aus der Schublade geholt werden.

Gemäss Esther Bieri ist Zeit Geld und heute spricht man nur über das Geld, welches Kriens nicht hat. Sie bittet darum, dass alle hier drin auf Wiederholungen verzichten.

Patrick Koch hat noch eine Frage zu der Nutzung durch den SCK gestellt. Er möchte gerne noch eine Antwort dazu.

Cyrill Wiget ergänzt, dass wenn eine Anlage gebaut wird, ist es richtig, dass sie auch genutzt wird. Heute hat man eine massiv unternutzte Anlage. Es würde dem Sprechenden wehtun Geld auszugeben, für etwas, das durch so wenig Jugendliche genutzt wird. Bei der politischen Gesamtplanung hat der Einwohnerrat unter Z20 beschlossen, dass die Gemeinde das vielfältige Kultur- und Sportangebot fördert und unterstützt Kultur- und Sporttreibende subsidiär. Das ist genau das Vorgehen des Gemeinderates. Deshalb haben sie die Vereine angefragt, weil diese etwas von der Angelegenheit verstehen. Sie wollten auch wissen, wie sie es erreichen, dass diese Sportarten in Kriens betrieben werden. Hier sind der Velo Club und der SCK ein guter Ansprechpartner. Diese wissen wie gross so ein Feld sein soll, wie es eingerichtet werden muss etc. Ob der SCK darauf spielt oder nicht ist unbedeutend. Es muss darauf einfach Fussball gespielt werden.

Paul Trüb bringt noch ein, dass die politische Gesamtplanung abgelehnt wurde.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graf: Geplanter Freizeitpark Langmatt (Nr. 144/14)

Das Postulat wird mit 20:8 Stimmen nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schwizer, Roland	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Peter Portmann stellt fest, dass nun mit dem Budget weiter gemacht wird. Er fragt Alfons Graf, ob er an seinem Antrag festhält.

Alfons Graf hält an seinem Antrag fest.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Gemäss Vorlage), gegenüber Antrag Graf (Reduzierung auf Fr. 500'000.00)

Mit 19:8 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag Gemeinderat angenommen.

Aakti, Brahim	GR: 900'000
Berger, Rita	GR: 900'000
Bienz, Bruno	GR: 900'000
Bieri, Esther	GR: 900'000
Camenisch, Râto	Graf: 500'000
Ercolani, Enrico	Enthaltung
Erni, Roger	GR: 900'000
Fluder, Hans	Graf: 500'000
Graber, Kathrin	GR: 900'000
Graf, Alfons	Graf: 500'000
Heiz, Martin	Graf: 500'000
Hofstetter, Kevin	GR: 900'000
Kaufmann-Wolf, Christine	GR: 900'000
Kobi, Tomas	GR: 900'000
Koch, Patrick	Graf: 500'000
Lammer, Thomas	GR: 900'000
Mathis-Wicki, Judith	GR: 900'000
Meyer, Pascal	GR: 900'000
Nyfelner, Nicole	GR: 900'000
Piras, Davide	GR: 900'000
Schwizer, Roland	GR: 900'000
Staub, Katja	Graf: 500'000
Takacs, Fabian	GR: 900'000
Tschümperlin, Erich	GR: 900'000
Trüb, Paul	Graf: 500'000
Urfer, Mario	GR: 900'000
Wicki Roth, Verena	GR: 900'000
Zosso, René	Graf: 500'000

Seite 94: Konto 344.01.506.01 Parkbad Kleinfeld

Pascal Meyer stellt namens der USK den Antrag die Investition, Parkbad (Mobiliar, Geräte, Maschinen), für die Sanierung des Badi Restaurants um Fr. 90'000.00 zu kürzen.

An der Sitzung vom 27. Oktober 2014 wurde der USK die Pläne für die sanfte Renovation des Badi Restaurants vorgestellt. Dass eine zwingende Renovation der heute betriebenen und ab 2015 nicht mehr erlaubten Kühlgeräte nötig ist, stand ausser Zweifel. Der Betrag von rund Fr. 655'000.00 erschien der USK aber zu hoch. Es galt abzuwägen zwischen einer Badesaison ohne Restaurant oder einer finanziell gekürzten Variante. Die USK ist der Meinung, dass nicht alles geplante durchgeführt werden muss und beantragt die Spezialfinanzierung um Fr. 90'000.00 zu kürzen.

Thomas Lammer stellt im Namen der FDP-Fraktion den Gegenantrag die Gesamtkosten zu streichen. Bei der Debatte zur Badisanierung wurde eine Prognose gemacht, dass die Badi schliessen muss, wenn nicht auf die Vorlage eingestiegen wird. Nun wird das Gleiche beim Restaurant prognostiziert. Die Investition ist mit Fr. 655'000.00 substantiell. Die FDP-Fraktion möchte einen B+A sehen, worin ein Konzept und Strategie aufgezeigt wird. Es sollen auch die Kosten auf der Investitionsseite und die laufenden Kosten gezeigt werden, welche das Restaurant generiert. Wenn der Einwohnerrat solche Investitionen ohne B+A zulässt, empfindet die FDP-Fraktion dies als heikel.

Bruno Bienz findet beide Anträge eine grosse Augenwischerei. Es war schon immer klar, dass das Restaurant saniert werden muss. Dort hat es Kühlanlagen, welche schon lange ersetzt werden müssen. Diese entsprechen den gesetzlichen Vorgaben nicht mehr. Nächstes Jahr gibt es keine Kühlung mehr. Im B+A von der Badi wurde auch schon gesagt, dass das Restaurant separat saniert wird. Bruno Bienz fragt sich, wie es gehen soll wenn der Boden nicht gemacht wird. Wenn neue Leitungen gelegt werden, muss ja der Boden herausgespitzt werden. Der Sprechende kann mit dem Kompromiss nicht einverstanden sein.

Gemäss Enrico Ercolani kann es nicht sein, dass irgendetwas gebaut wird ohne zu planen. Das kommt sicher nicht gut. Wie es bereits Thomas Lammer gesagt hat, braucht es einen B+A. Wenn das Ganze sauber geplant ist, kostet es auch weniger. Dafür legt der Sprechende seine Hand ins Feuer. In so einer Badi kann kurzfristig auch ein Provisorium installiert werden. Das Restaurant lief ja sowieso nicht mehr gut. Es soll sich auch überlegt werden, wie es in Zukunft geführt werden soll. Unmotivierte Angestellte sind nicht gut. Im Restaurant sollte man auch etwas anderes machen können, als nur die Gäste am Tag zu versorgen. Eventuell könnte man dies auch privat vergeben. Es muss nicht unbedingt von der Gemeinde selber geführt werden. Der Sprechende ist klar dafür und bittet darum, dass ein B+A erstellt wird.

Cyrril Wiget führt aus, dass der Wunsch der USK war, dass man diese komplexe Diskussion nicht im Einwohnerrat führt, sondern in der Kommission. Der Gemeinderat hat dies unterstützt und findet es gut, dass die USK einen Kompromiss gefunden hat. Dem Sprechenden ist es etwas unwohl dabei, wenn die ganze Diskussion wieder aufgerollt wird. Dies war ein Kompromiss zwischen allen Parteien, die gesagt haben, dass es der richtige Weg ist. Selbstverständlich hat der Gemeinderat eine Planung, sonst wäre es nicht im Budget enthalten. Die Planung wurde zusammen mit der Firma Katag gemacht. Der Kompromiss welcher vorgeschlagen wurde, dass der Boden für Fr. 90'000.00 nicht gemacht wird, stimmt der Gemeinderat bei. Der Gemeinderat zieht seinen Antrag von Fr. 575'000.00 für das Restaurant zurück, der nun auf Fr. 485'000.00 zurückgeht. Ein Provisorium ist nicht möglich, weil es zwölf Jahre Übergangszeit gab, da diese Anlagen seit zwölf Jahren verboten sind. Der Gemeinderat hat zwölf Jahre lang darauf verzichtet, die Anlagen zu ersetzen. Diese Anlagen werden am 31. Dezember 2014 abgestellt. Man kann also nicht einmal mehr einen Salat kühlen. Darum hat der Gemeinderat mit der Firma Katag eine neue KÜcheneinrichtung geplant. Der Kostenvoranschlag ist in diesen Kosten hinterlegt. Es geht nicht darum eine Luxuslösung zu machen, sondern jetzt ist man von Gesetzes wegen gezwungen dies zu machen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat / USK (Reduzierung Sanierungsbetrag) gegenüber Antrag Lammer (Streichung):

Mit 16:11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag des Gemeinderates/USK angenommen.

Aakti, Brahim	GR und USK: 565'000
Berger, Rita	Lammer: 0
Bienz, Bruno	GR und USK: 565'000
Bieri, Esther	GR und USK: 565'000
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	Lammer: 0
Erni, Roger	Lammer: 0
Fluder, Hans	Lammer: 0
Graber, Kathrin	GR und USK: 565'000
Graf, Alfons	Lammer: 0
Heiz, Martin	Lammer: 0
Hofstetter, Kevin	Lammer: 0
Kaufmann-Wolf, Christine	GR und USK: 565'000
Kobi, Tomas	GR und USK: 565'000

Koch, Patrick	Lammer: 0
Lammer, Thomas	Lammer: 0
Mathis-Wicki, Judith	GR und USK: 565'000
Meyer, Pascal	GR und USK: 565'000
Nyfelner, Nicole	GR und USK: 565'000
Piras, Davide	GR und USK: 565'000
Schwizer, Roland	GR und USK: 565'000
Staub, Katja	Lammer: 0
Takacs, Fabian	GR und USK: 565'000
Tschümperlin, Erich	GR und USK: 565'000
Trüb, Paul	Lammer: 0
Urfer, Mario	GR und USK: 565'000
Wicki Roth, Verena	GR und USK: 565'000
Zosso, René	GR und USK: 565'000

Seite 95: Lead Buyer

Der Lead Buyer lässt Roland Schwizer nicht in Ruhe. Er stellt den Bemerkungsantrag, dass in 1 ½ Jahren ein Wirkungsbericht z.H. der FGK gemacht wird.

Gemäss Paul Winiker ist der Gemeinderat bereit in zwei Jahren nach Installation von dieser Funktion einen Wirkungsbericht abzuliefern.

Roland Schwizer's Überlegung dahinter ist, dass er den Wirkungsbericht in 1 ½ Jahren möchte, weil wenn diese Stelle nicht rentieren würde, könnte man diese erst wieder in drei Jahren aus der Planung nehmen.

Paul Winiker präzisiert, dass im zweiten Halbjahr 2015 die Ausschreibung geplant ist. Diese Stelle wird wahrscheinlich in Kombination mit einer zusätzlich anderen Aufgabe ausgeschrieben. Es ist besser wenn ein Datum festgesetzt wird, wann dies gemacht werden soll. Dann hätte man in der übernächsten Budgetsitzung etwa ein Jahr Erfahrung.

Roland Schwizer hört zum ersten Mal, dass diese Stelle nächstes Jahr ausgeschrieben wird. Er dachte es gibt eine interne Besetzung, welche per 1. Januar 2015 fortläuft.

Brahim Aakti fragt Roland Schwizer, ob er an seinem Antrag festhalten möchte. Denn die 1 ½ Jahre Frist ist nur unter der Bedingung, dass die Stelle per 1. Januar 2015 gilt und nachher überhaupt die Möglichkeit da ist, darauf Bezug zu nehmen. Wenn dies sowieso erst Mitte Jahr installiert wird, sind ja die zwei Jahre gut.

Roland Schwizer zieht seinen Antrag zurück, aufgrund von dem, dass die Stelle noch nicht per 1. Januar 2015 besetzt ist.

Guido Solarì liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die laufende Rechnung für das Jahr 2015

mit einem Gesamtaufwand von

Fr. 173'152'400

und einem Gesamtertrag von Fr. 169'910'800

somit einem Mehraufwand von Fr. 3'241'600

und **die Investitionsrechnung für das Jahr 2015 mit**

Investitions-Ausgaben von Fr. 36'985'000

und Investitions-Einnahmen von Fr. 2'810'000

d.h. mit Netto-Investitionen von Fr. 34'175'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Das Jahresprogramm 2015 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
4. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2015 wird auf 2.00 Einheiten analog dem Vorjahr festgelegt.
5. Die Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2015 wird auf 2 ‰ analog dem Vorjahr festgelegt.
6. Von der im Konto 2280.05 der Bestandesrechnung bestehenden Spezialfinanzierungsverpflichtung Feuerwehr soll ein Teilbetrag von 4.7 Mio. Franken über die Laufende Rechnung, Konto 145.00.480.00 aufgelöst und als zusätzliche Abschreibung im Konto 145.00.332.02 verbucht werden.
7. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffern 1, 2, 4 und 5 unterliegen dem fakultativen Referendum.
8. Folgender Vorstoss wird auf der Pendenzenliste belassen;
- Postulat Tanner 280/11

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 133/14:

Der Beschlusstext wird mit 18:9 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja

Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schwizer, Roland	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Trüb, Paul	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Peter Portmann verabschiedet den Sachverständigen Beat Fallegger.

5. Planungsbericht: Schulraum 2014 – 2023 / Überarbeitung 2014
Nr. 134/14

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

6. Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale
Wohlfahrt in Kriens
Nr. 084/13

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

7. Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlagen in ge-
meindeeigenen Gebäuden
Nr. 099/14

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

8. Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezügler
Nr. 124/14

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

9. Bericht Postulat Urfer: Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im
Siedlungsgebiet
Nr. 077/13

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

10. Bericht Postulat Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen **Nr. 100/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

11. Beantwortung Interpellation Fässler: "Runder Tisch" bei grossen Bauprojekten **Nr. 123/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

12. Beantwortung Interpellation Graf: Beitrag SRF über Schweizer Dschihadisten vom 14.05.2014 in der Rundschau **Nr. 122/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

13. Beantwortung Interpellation Koch: Sperrung Hergiswaldstrasse nach Unwetterschäden **Nr. 132/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

14. Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit! **Nr. 138/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

15. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Peter Portmann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 11. Dezember 2014 statt. Anschliessend findet das Weihnachtsessen auf Schloss Schauensee statt. Sofern man sich noch nicht angemeldet hat, soll dies noch nachgeholt werden.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

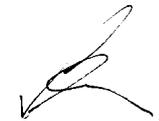
Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



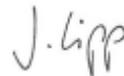
Peter Portmann

Der Gemeindegeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp